Ausgabe 1 I 2018

Humanismus *leben*

Zeitschrift des Humanistischen Verbandes Niedersachsen

Ein Feiertag für alle?

Unser Verband schlägt den Tag der Menschenrechte vor. Ein Großteil der Menschen wünscht sich einen solchen Feiertag, der allen etwas bedeutet. Ein kirchlicher tut dies nicht. Trotzdem beharren Politik und evangelische Kirche auf dem Reformationstag.

Selbstbestimmung

SUIZIDHILFE

Rechtslage wird immer konfuser und strittiger

Seite 9

Freethought Report

WELTWEITE DISKRIMINIERUNG

IHEU veröffentlicht Bericht zur Lage Religionsloser

Seite 13

Serie

MENSCHEN IN DER LAB

Als Bundesfreiwilligendienstler in der Flüchtlingsbetreuung

Seite 18

Humanistischer Verband Deutschlands | **Niedersachsen**
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Inhalt

Editorial ... 1

Titelthema

Ein Feiertag für alle? ... 2
Vorschlag des HVD: Internationaler Tag der Menschenrechte ... 4
Norddeutscher Konsens der Länderchefs ... 5
Beispielhafte Diskussion: Wir sind nicht Niemand ... 7
Säkulare Position wird ignoriert ... 8

Nachrichten

Suizidhilfe ... 9
Keine Entscheidung zu Ethikunterricht ... 11
Atheisten werden weltweit diskriminiert ... 13
Ein halbes Todesurteil weil er Platon nicht kennt ... 14
Interview: Eine autoritäre Revolte gegen die Aufklärung ... 16

Serie

Teil 2 der Serie „Menschen in der LAB“
Jung und freiwillig: unser „BuFDi“ in der Begegnungsstätte ... 18

JuHu

Wie tickt die Jugend? ... 20
JuHu: Angebot für humanistische Jugendliche ... 21
Stellenausschreibungen: BuFDi beim Humanistischen Verband

HVD vor Ort

Süd-Ost ... 22
Weser-Ems ... 25

Medien und Angebote ... 32
Kontakte ... 33

Impressum

Erscheinungsdatum: 1. März 2018 I **Herausgeber:** Humanistischer Verband Niedersachsen, K. d. ö. R. I Otto-Brenner-Straße 20–22 I 30159 Hannover I Telefon: 0511 167691–60 I Mail: zentrale@humanisten.de
Redaktion: Lutz Renken, Svenja Thiel I rundbrief@humanisten.de I **Layout:** Svenja Thiel
Bildnachweis: Titel: CC0; Einband innen/vorne: JuHu Nds.; Seite1: HVD Bayern/Körner, Roland Schwerdtfeger, JuHu Nds., HVD Nds.; Seite 2: CC0; Seite 3: Patrick Gruban (CC-BY-SA-2.0); Seite 4: University of Essex (CC BY 2.0); Seite 5: Haeferl (CC BY-SA 3.0); Seite 6: CC0; Seite 7: Screenshot lutherbonbon.de; Seite 8: HVD Nds.; Seite 9: HVD Nds., JuHu-Hannover, Ansgar Koreng (CC BY-SA 3.0 DE); Seite 10: Leit (CC BY-SA 4.0); Seite 11: CC0; Seite 12: DALIBRI (CC BY-SA 3.0); Seite 13: Oceancetaceen Alice Chodura (CC BY-SA 3.0); Seite 14: DFID – UK Department for International Development (CC BY 2.0); Seite 15: Zde (CC BY-SA 3.0); Seite 16: Haeferl (CC BY-SA 3.0), Fabrice Florin (CC BY-SA 2.0); Seite 17: Holger.Ellgaard (CC BY 3.0); Seite 18: privat; Seite 19: HVN OV Bramsche; Seite 20: JuHu Nds., gravitat-OFF (CC BY 2.0); Seite 21: JuHu Nds.; Seite 22: Roland Schwerdtfeger; Seite 23: Roland Schwerdtfeger, HVD Bayern/Körner; Seite 25: HVD Nds.; Seite 26: Herbert Zinnow, HVD Nds.; Seite 27: Herbert Zinnow; Seite 28: Lagerhalle (CC BY-SA 3.0); Seite 29: Herbert Zinnow; Seite 30: Achim Raschka (CC-BY-SA-4.0); Seite 31: Billboa (CC BY 3.0); Seiten 32: HVD-Nds.; Einband außen: HVD Nds.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

gerade schaue ich mir die Seite „reformationsfeiertag.info“ an und staune nicht schlecht. Die evangelische Kirche möchte auf dieser Seite Gründe für den Reformationstag als Feiertag vermitteln. Mein Eindruck ist jedoch viel mehr, dass es letztlich darum geht, das protestantische Erbe als sinnstiftend für unsere Kultur dauerhaft zu verankern. Die Reformation wird dabei als wesentlicher Motor des Fortschritts dargestellt und mit dem Renaissance-Humanismus und der folgenden Zeit der Aufklärung gleichgesetzt. So ist zu lesen: *„Reformation heißt Mut zum Wandel. Dieser Mut ist keine exklusive religiöse Frage, aber für Millionen von Menschen liegt die Hoffnung auf Veränderung auch in religiösen Bildern und im Vertrauen auf Gott.“* Doch Millionen Andere setzen ihre Hoffnung darauf, ganz ohne Gottvertrauen, allein durch verantwortliches Denken und Handeln, die Welt zu einem besseren Ort machen zu können.

Unsere Gesellschaft beruht nicht (mehr) auf genuin christlichen oder gar protestantischen Vorstellungen und Werten. Viel bedeutender sind humanistische Werte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität – ob sie nun weltlich oder religiös begründet werden. Und diese Werte werden nirgends deutlicher, als in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Daher habe ich mich in den letzten Wochen persönlich für den von unserem Verband vorgeschlagenen Tag der Menschenrechte als Feiertag eingesetzt, der alle Menschen verbindet. In vielen persönlichen Gesprächen und auf Diskussionsveranstaltungen konnte ich feststellen, wie konsensfähig unser Vorschlag als weltlicher Feiertag für alle wirklich ist. Umso erstaunlicher finde ich es, dass diese Position von der Politik und zum Teil auch von den Medien nicht angemessen wahrgenommen wird.

Unsere Aufgabe als Verband und auch als Humanisten ist es, der stillen Mehrheit Gehör zu verschaffen, die sich nicht unter die Deutungshoheit einzelner Religionen oder Konfessionen begeben wollen. Viele Menschen erfahren erst durch unsere öffentlichen Stellungnahmen und Auftritte, dass ihre Haltung einen Namen hat: Humanismus. Sie sind nicht Niemand!

Diese Aufklärungsarbeit sind wir den Menschen schuldig. Sie erfordert Beharrlichkeit und Geduld, Freundlichkeit im Umgang mit Andersdenkenden und Bestimmtheit in der Sache. Und genau dafür bedanke mich sehr herzlich bei den vielen Haupt- und Ehrenamtlichen! Nur mit ihrem Einsatz, auch in persönlichen Gesprächen, Leserbriefen und vielem mehr, werden wir den Konfessionsfreien und Humanisten in Niedersachsen eine Stimme geben können.

Ihr Guido Wiesner
Präsident des Humanistischen Verbandes Niedersachsen

Wird der neue gesetzliche Feiertag ein weiterer kirchlicher, an dem alle außer den überzeugten Religionsvertretern ihre Füße hochlegen? Oder einigt die Politik sich auf einen Feiertag für alle, wie dem vom HVD vorgeschlagenen Internationalen Tag der Menschenrechte?

Ein Feiertag für alle?

Die Landesregierung beharrt auf dem 31. Oktober

Bereits Anfang letzten Jahres schlug der seinerzeitige Landtagspräsident und vormalige Kultusminister Bernd Busemann vor, den Reformationstag über das 500-jährige Jubiläum hinaus in Niedersachsen dauerhaft zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen. Schon damals forderte der Humanistische Verband stattdessen den Tag der Menschenrechte als Feiertag für alle.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern steht Niedersachsen mit nur neun Feiertagen eher bescheiden da: Andere Länder haben zwölf, Spitzenreiter Bayern sogar 13. Der Reformationstag ist in den östlichen „neuen" Ländern gesetzlicher Feiertag, nicht aber in Berlin und dem restlichen Bundesgebiet. 2017 war der 31. Oktober einmalig bundesweit arbeitsfrei.

Luther-Tag als Wahlkampfgeschenk

„Ich kann mir gut vorstellen, den Reformationstag auch in Niedersachsen dauerhaft zum Feiertag zu machen", sagte Ministerpräsident Stephan Weil im vergangenen September dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), und griff damit die Idee des Christdemokraten Busemann mitten im Wahlkampf wieder auf. Im selben Interview machte er auch deutlich, dass er allein religiösen Feiertagen eine ausreichende Legitimation zugesteht: „Jeder weltliche Feiertag hätte etwas Zufälliges."

Da auch CDU-Spitzenkandidat Bernd Althusmann sich schon im Wahlkampf für den Reformationstag ausgesprochen hatte, verwundert es nicht, dass dieser von der großen Koalition nun vorangetrieben wird. Weil versprach, dass dieser Tag nicht nur zwischen SPD und CDU diskutiert werden müsse, sondern auch über Parteigrenzen hinweg und mit den Religionsgemeinschaften. Dass er mit Religionsgemeinschaften wirklich nur diese und nicht die mit ihnen gleichgestellten Weltanschauungsgemeinschaften meinte, wurde schnell deutlich. Trotz vormaliger Zusicherung des Ministerpräsidenten, in religiös-weltanschaulichen Fragen immer auch den Humanistischen Verband als anerkannte Weltanschauungsgemeinschaft und säkulare Stimme anzuhören, hat die Landesregierung die Feiertagsfrage allein mit Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften beraten.

Doch auch bei diesen gab es Vorbehalte bis hin zu deutlicher Ablehnung gegenüber dem Reformationstag, allen voran von den Jüdischen Gemeinden, die dem Gedenken an den „Juden-Hasser" Luther ein deutliches „Nein!" entgegneten.

Haltung der Religionsgemeinschaften

Am Reformationstag wird Luthers Thesenanschlag und damit des Ursprungs des Protestantismus gedacht. Die Evangelische Kirche feiert sozusagen ihren „Geburtstag". Das soll nicht despektierlich klingen – genauso erklärt es die Nordkirche auf ihrer Seite „www.lutherbonbon.de" Kindern und Jugendlichen, die an Halloween doch bitte den Reformationstag nicht vergessen sollen.

Somit ist der Reformationstag ganz klar ein kirchlicher, sogar konfessioneller – weil evangelischer – Feiertag. Kritische Humanisten könnten nun vermuten, dass dieser Feiertag von der Kirche genutzt werden wird, um ihre herausragende Bedeutung und kulturelle Dominanz gesellschaftlich weiter festzuschreiben und sich als unverzichtbare, staatstragende Institution darzustellen. Könnte da etwas dran sein? Die evangelische Kirche scheint zumindest nichts dagegen zu haben, ihren „Geburtstag" zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen.

Bei der anderen großen christlichen Konfession, der Katholischen Kirche, ist die Reaktion schon verhaltener. Nachdem sich Ministerpräsident Stephan Weil und Landesbischof Ralf Meister beim Epiphanias-Empfang im Kloster Loccum erneut für den Reformationstag als dauerhaften gesetzlichen Feiertag ausgesprochen hatten, äußerte der katholische Bischof von Osnabrück, Franz-Josef Bode, gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung seine Bedenken. Er warnte davor, die „konfessionelle Teilung" zu forcieren. Vielmehr fordert er, dass alle Gruppen der Gesellschaft in einen Dialog treten. Doch ein weltlicher Feiertag solle es aber nun auch nicht sein: „Wir haben in dieser Gesellschaft eine starke Prägung durch die Religion. Wir wollen das nicht abtun, wir wissen, was die Religion bedeutet."

Die Bayern sind spitze im Feiern: Von deren 13 Feiertagen können Niedersachsen nur träumen.

Kritischer als die Katholiken und deutlicher mit der Person Luthers verknüpft, äußerten sich die Jüdischen Gemeinden. Der Feiertag sei mit einem „Juden-Hasser" verbunden und daher „eine Zumutung". So hatte der Präsident

der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst, in einem offenen Brief an die Abgeordneten des Landtags deutlich gemacht, dass er eine Entscheidung für den Reformationstag für untragbar halte. Luther habe in seinen Schriften die Vertreibung von Juden und das Niederbrennen von Synagogen gefordert. Auch der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden hält den Reformationstag nicht für die richtige Wahl.

Haltung der Parteien und Verbände

Die Koalitionspartner SPD und CDU hatten bereits im Wahlkampf für einen weiteren Feiertag geworben und machen sich durchgehend für den Reformationstag stark. Für die CDU ist die christliche Prägung des zukünftigen Feiertages geradezu Voraussetzung.

Die Grünen sind für einen weiteren Feiertag, dieser sollte allerdings ein weltlicher sein, wie beispielsweise der Europatag am 9. Mai. Die FDP lehnt einen zusätzlichen Feiertag grundsätzlich ab. Da Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Kosten unter sich aufteilen müssen, sollten laut FDP-Chef Stefan Birkner Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zumindest maßbeglich an der Entscheidungsfindung beteiligt werden.

Die Wirtschaftsverbände sind strikt gegen jeden zusätzlichen Feiertag. Der DGB fordert hingegen einen zusätzlichen Feiertag. Niedersachsen habe im Ländervergleich zu wenige arbeitsfreie Tage. Welcher Tag es werden soll, ob kirchlich oder weltlich, schien für die Arbeitnehmervertreter jedoch bislang keine Rolle zu spielen. Gewerkschaften sind schließlich keine säkularen Interessenverbände, auch wenn dies aus der Politik immer dann behauptet wird, wenn Humanisten fordern, dass beispielsweise in Rundfunkräten auch säkulare Organisationen wie der Humanistische Verband vertreten sein sollten.

Es lässt sich also zusammenfassen: Die Wirtschaft und die wirtschaftsnahe FDP sind gegen einen weiteren Feiertag, Arbeitnehmer und die großen Volksparteien sind dafür. Dass der Reformationstag ein kirchlicher Feiertag ist, macht es der CDU leichter, ihren wirtschaftsfreundlicheren Wählern einen weiteren arbeitsfreien Tag aufzubürden.

Sowohl auf die SPD, mit ihrer weit zurückreichenden freidenkerischen und laizistischen Tradition, als auch auf Gewerkschaften sollten Humanisten sich nicht verlassen. Die Trennung von Staat und Kirche hat in den etablierten Parteien und Verbänden offensichtlich keinen hohen Stellenwert. Einzig die Grünen sind der Auffassung, dass die Einführung eines säkularen Feiertags für alle wünschenswert und sinnvoll ist. Ob sie bis zur Drucklegung dieser Zeitschrift sich vielleicht doch noch auf den Reformationstag einlassen?

Vorschlag des HVD: Internationaler Tag der Menschenrechte

In diesem Jahr jährt sich am 10. Dezember die Deklaration der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen zum 70. Mal.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 ist zu verstehen als eine Reaktion auf die Irrungen und Verbrechen des 20. Jahrhunderts, besonders auch in Deutschland und im Namen des deutschen Volkes. Der Humanistische Verband schlägt daher vor, den internationalen Tag der Menschenrechte bereits in diesem Jahr dauerhaft als gesetzlichen Feiertag einzuführen.

Dieser neue Feiertag vermag die Menschen mehr zu verbinden als jeder religiöse Feiertag, denn...

„Chalking of the steps“ – Eine tolle Aktion von Studenten der University of Essex am Tag der Menschenrechte 2013. Jede Stufe trägt einen Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen."

Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – Freiheit, Gleichheit, Solidarität

(1) Menschenrechte sind nicht konfessionell gebunden (Religionen spaltend);
(2) Menschenrechte sind nicht religiös gebunden (Nichtreligiöse ausgrenzend), sondern für alle gleichermaßen bedeutend;
(3) Menschenrechte stehen für die Würde und die Rechte aller Menschen;
(4) Menschenrechte betreffen den Alltag der Menschen und sind für alle leicht verständlich und nachvollziehbar, egal welcher Sprache und Herkunft.

Kurz gesagt: Menschenrechte sind das Gegenteil von Diskriminierung und bieten für alle Glaubensgemeinschaften, Kulturen und humanistische Weltanschauungen eine verbindende Grundlage. Dies eröffnet allen gesellschaftlichen Gruppen sowie auch Einzelpersonen, sich in unterschiedlichsten Formen des Gedenkens, Feierns und Gestaltens einzubringen. Denn um den Geist der Menschenrechte mit Leben zu füllen, dafür braucht es Menschen, die sich mit ihnen identifizieren und ihre Umsetzung, Einhaltung und Fortentwicklung aktiv unterstützen.

Norddeutscher Konsens der Länderchefs

Am 1. Februar hatten die Regierungschefs der norddeutschen Bundesländer empfohlen, den 31. Oktober als zusätzlichen Feiertag zu wählen. Sie riefen die Landesparlamente von Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein auf, bis zur Sommerpause eine Entscheidung zu treffen. Kritiker sehen hier eine Umgehung der Landesparlamente, die diese Vorgaben lediglich „abzusegnen" haben.

Das ist aus humanistischer Sicht erstaunlich, da bis auf den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther (CDU, katholisch) alle Länderchefs selbst konfessionslose Sozialdemokraten sind. So wollte Bremens Bürgermeister Carsten Sieling den 31. Oktober auch nicht primär als religiösen Feiertag sehen, sondern in erster Linie als einen gesellschaftlichen. Gegenüber Bild Online sagte Sieling: „Es geht doch beim Reformationstag um den Aufbruch, den Beginn der Aufklärung, der damals von Martin Luther ausgelöst wurde."

Mit diesem verzweifelten Versuch, dem Eindruck eines religiösen oder gar konfessionellen Feiertages entgegenzuwirken, bürdet er Luther etwas zu viel des Guten auf. Das machte der ehemalige SPD-Chef Niedersachsens, Joke Bruns, in seinem Referat mit dem Titel „Luther und die Moderne" bereits im Reformationsjahr 2017 deutlich. Bruns zieht folgenden Schluss:

Luther dachte und fühlte in einer rückwärtsgewandten theologischen Grundhaltung. Er war verortet im mittelalterlichen Aberglauben, in frühmittelalterlicher Anthropologie, in einem Staatsverständnis feudalistischer Art. Er hatte kein Gespür für die sich anbahnenden geistigen Kräfte, für die neuen Entdeckungen, die neuen Wissenschaften, die philosophischen Konsequenzen, also für all das, was sich dann im Humanismus, der Renaissance und später der Aufklärung Bahn brechen sollte. (…)

In Luthers Zeiten bebte schon die Erde unter dem Druck der neuen Kräfte. Er fühlte es nicht. Luther war ein geschichtsmächtiger Großer. Ohne sein Wirken ist das neue Europa nicht denkbar. Aber er war kein Ankerpunkt für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte. Er hat die Tür zur Moderne geöffnet. Hätte er das gewusst, er hätte sie verriegelt. (Der Beitrag ist in Ausgabe 1I2017 nachzulesen, sie steht zum Download auf www.hvd-niedersachsen.de/download.html als Pdf bereit. Der Radiobeitrag ist hier nachzuhören: www.soundcloud.com/hvd-niedersachsen.)

Am Ende wird es doch der Reformationstag

Warum? Weil es ihn bereits gab – einmalig im „Reformationsjahr" 2017. Und weil es ihn schon länger gibt – in den ostdeutschen Bundesländern.

In kirchlicher Sprache ausgedrückt: Es ist ein Dogma. Dies lässt sich definieren als eine Auffassung, die gerechtfertigt ist, weil man sie schon hat. So erübrigt sich dann jede Diskussion und jeder Versuch, einen zeitgemäßen, sinnvollen und zukunftsfähigen Feiertag für alle zu fin-

Ob gesetzlicher Feiertag oder nicht – süße Monster genießen den 31. Oktober

den. In der Sprache des Alltags ausgedrückt: Wir verdanken den neuen kirchlichen Feiertag der Trägheit unseren norddeutschen Länderchefs.

Ist der Reformationstag also kein konfessioneller Feiertag?

Ist es nun so, wie die Haltung der Gewerkschaften und der SPD nahelegen, dass der Symbolhaftigkeit des konkreten Feiertags keine große Bedeutung beigemessen wird oder diese nach Gutdünken uminterpretiert werden kann? Wenn am Ende nur die „seelische Erhebung" und das Nord-Süd-Gefälle als Begründung dienen und die Tatsache, dass der Reformationstag im weitgehend atheistisch geprägten Mecklenburg-Vorpommern schon besteht, dann darf man die Bedeutung des Anlasses nicht als allgemeingültig für alle ansehen.

Dann ist es lediglich ein generischer Feiertag, an dem Familien sich genauso gut Kürbisse schnitzen und Halloween feiern können, ohne von Theologen in kirchlichen Radiosendungen den wahren, wirklichen Grund des Feiertags gepredigt zu bekommen und mit Luther-Bonbons abgespeist zu werden.

Süßer Luther statt unchristliche Streiche. Die Kirche will ihre Deutungshoheit nicht verlieren.

Humanisten sollten dann als Nichtgläubige endlich keine Bemerkungen mehr hören müssen, dass sie an Ostern oder Weinachten arbeiten gehen sollen, wenn sie den freien Tag schon nicht zum Kirchgang nutzen oder zumindest ihre Kinder im christlichen Sinne unterweisen.

Es dürfte dann auch keine Einschränkungen, wie ein Tanz- oder Vergnügungsverbot bei religiös begründeten Feiertagen mehr geben, solange die Religionsausübung der entsprechenden Gemeinschaften nicht gestört wird.

Beispielhafte Diskussion: Wir sind nicht Niemand

Von den knapp acht Millionen Niedersachsen sind laut Angabe des statistischen Landesamtes über dreißig Prozent nicht Mitglied einer Kirche. Noch größer scheint der Anteil der Bürger zu sein, die sich keinen weiteren kirchlichen, christlichen oder überhaupt religiösen Feiertag wünschen, sondern einen säkularen Feiertag für alle, wie den Tag der Menschenrechte. Doch außer in Umfragen und den Leserforen der regionalen Tageszeitungen wird dieser Aspekt auch von den Medien bislang nicht angemessen aufgenommen.

Dabei ist die Feiertagsdebatte nur ein relativ „profanes" Beispiel von vielen. Sowohl die Medien als auch die Politik haben die Interessen und Bedürfnisse der nicht religiös gebundenen Bürger „nicht auf dem Schirm" oder sie erliegen dem Narrativ der Kirchen, dass Religion, insbesondere das Christentum, mit Moral und Werten gleichzusetzen sind. (Mehr dazu in Ausgabe 3|2017, „Politik, Demokratie und Humanismus". Download als Pdf auf: www.hvd-niedersachsen.de/download.html)

Ein weiteres Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist die Debatte zur Sterbehilfe. Hier hat der Bundestag gegen den Willen der Mehrheit die Freiheit der Bürger genau an der Stelle massiv eingeschränkt, wo sie auf Hilfe bei der Umsetzung ihres persönlichen Willens am meisten angewiesen sind: am Lebensende. Kaum irgendwo wurde die Diskrepanz zwischen kirchlichen Dogmen und deren Einfluss auf die Politik einerseits und dem Willen zum selbstbestimmten Leben und Sterben der Menschen andererseits deutlicher. (vgl. Seite 9, Beitrag Gita Neumann)

Humanisten können all dies nur als langfristigen Auftrag annehmen, beharrlich und mit Geduld weiter daran zu arbeiten, dass sie als gleichwertige Bürger wahrgenommen werden, die ebenso Werte, Moral und Würde besitzen, wie andere auch. Das gilt für unseren Verband mit seinen Haupt- und Ehrenamtlichen als anerkannte Körperschaft, aber auch für jede einzelne Person, die sich als nichtreligiös, weltlich-humanistisch bezeichnen kann.

Humanisten (ob mit oder ohne Mitgliedschaft) müssen sich weiter in Politik und Medien als Gruppe wahrnehmbar machen. Medienvertreter und Politiker müssen lernen, dass es Konfessionsfreie und Humanisten gibt. Sie müssen die Faustregel verinnerlichen: „Wenn ich es für angebracht halte, Kirchenvertreter zu bestimmten Themen zu befragen, dann muss ich auch an den Rest denken, der zum allergrößten Teil nicht religiös ist und sich an humanistischen Werten orientiert." Das sind wir Humanisten. Wir sind nicht Niemand.

Säkulare Position wird ignoriert

Bereits zum Jahreswechsel hat der Humanistische Verband eine Onlinepetition eingerichtet, in der die Einführung des Internationalen Tags der Menschenrechte als Feiertag für alle gefordert wird. Diese Petition läuft noch bis zum 6. Juni, doch erscheint es zum Redaktionsschluss dieser Zeitschrift nicht unwahrscheinlich, dass der Landtag noch vor Ablauf der Petition entscheiden wird.

Guido Wiesner (vierter von links) vertritt die säkulare Position auf dem Podium des HAZ-Forums.

Seitdem hat der Verband durch Pressemitteilungen und Schreiben an die Landtagsfraktionen, den Ministerpräsidenten Weil und seinen Stellvertreter Althusmann die Missachtung des nichtreligiösen Bevölkerungsanteils in dieser Sache beklagt. Nachdem in der Folge Vertreter der großen Amtskirchen angehört wurden, nicht aber unser Verband als säkulare Stimme, sahen wir uns gezwungen, einen offenen Brief an Ministerpräsident Weil zu senden. Auf diesen folgte zwar keine direkte Reaktion des Adressaten, wohl aber eine Einladung zum Forum der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, deren Ergebnisse wir im Folgenden kurz darstellen wollen.

Bürger und Verbände fühlen sich bei Entscheidung nicht mitgenommen

Auf das Podium des HAZ-Forums am Mittwochabend des 7. Februar wurden Vertreter einiger Religionsgemeinschaften, der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und nun auch der Humanisten geladen.

Am von der Regierung vorgeschlagenen Reformationstag bzw. an der bisherigen Entscheidungsfindung hatten – bis auf den Vertreter der evangelischen Kirche, Arend de Vries – alle Podiumsgäste Kritik zu üben. Der Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände, Volker Müller, stand mit seiner kategorischen Ablehnung gegenüber jedem zusätzlichen arbeitsfreien Tag auf verlorenem Posten. Prälat Felix Bernard vom katholischen Büro hegte gegenüber dem aus seiner Sicht eher spaltenden Reformationstag Bedenken, die seiner Beobachtung nach bei Ministerpräsident Weil leider auf wenig Gehör gestoßen seien. Michael Fürst, Vertreter der Jüdischen Gemeinden, lehnte den Reformationstag schlicht ab. Sein Eindruck bei der Anhörung war ähnlich, insoweit die Entscheidung für den Reformationstag längst gefallen sei.

Weltlicher Feiertag erhält den größten Zuspruch

Sowohl der Präsident des Humanistischen Verbandes Niedersachsen, Guido Wiesner, als auch Mehrdad Payandeh, DGB Bezirkschef, bevorzugten einen weltlichen Feiertag, was vom Publikum mit Beifall bedacht wurde. Überhaupt war es der Tenor der Publikumsbeiträge, dass ein Feiertag gewünscht wird, zu dem die Bürger einen Bezug haben, bei dessen Auswahl sie daher auch beteiligt sein wollen. Nicht zufällig entsprachen alle Terminvorschläge aus dem Plenum weltlichen Anlässen, die Bedeutung für alle Bürger in Niedersachen haben und nicht nur für einen Teil der Christen, die sich auf jemanden wie Luther berufen.

Bei der spontanen (nicht repräsentativen) Umfrage des Moderators Conrad von Meding wollten weniger als 10 % auf einen weiteren arbeitsfreien Tag verzichten. Von den anderen wünschte sich die Hälfte einen Tag ohne religiösen Bezug, jeder Dritte den Reformationstag und jeder Zehnte einen anderen religiösen Feiertag.

Lutz Renken

Suizidhilfe

Recht immer konfuser und strittiger

Der Kampf zwischen Verschärfung und Liberalisierung der Suizidhilfe nimmt auf dem Feld der deutschen Gerichtsbarkeit und Rechtsstaatlichkeit groteske Formen an. Eine staatliche Behörde missachtet gar ein rechtskräftiges Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom März 2017.

Von Behörde ignoriert: Bundesverwaltungsgericht in Leipzig

Zwei paradoxe Anklagen gegen Ärzte

Zwei Ärzte wurden in den letzten Wochen wegen Suizidhilfe aufgrund unterlassener Hilfeleistungen angeklagt. Der Vorwurf lautet „Tötung auf Verlangen durch Unterlassen." Aber geht es noch paradoxer? Wenn eine Unterlassung medizinischer Rettungsmaßnahmen ausdrücklich in einer Patientenverfügung verlangt worden ist, gilt dies für Ärzte verbindlich. Was hat zudem der Suizid, also die Selbsttötung mittels eigener Tatherrschaft, mit der Fremdtötung auf Verlangen eines Sterbewilligen gemein? Zwar gibt es durchaus – selbst bei Mord – das Tötungsdelikt durch Unterlassen. Bislang galt jedoch in Deutschland, dass strafrechtlich strikt zu unterscheiden ist zwischen der im Einzelfall straffreien Hilfe zur eigenverantwortlichen Selbsttötung und der in jedem Fall strafbaren Fremdtötung.

In beiden Ärzteprozessen konnte der umstrittene, seit Dezember 2015 in Kraft getretene Strafrechtsparagraf 217 nicht greifen, denn es ging um ärztliche Suizidhilfe, die jeweils schon vor fünf Jahren erfolgt war. Der neue Paragraf kann nicht zur Anwendung kommen in Fällen, die sich vor seiner Inkraftsetzung ereignet haben. Den Anklagen lag vielmehr ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) von 1987 zugrunde, welches bis heute nicht revidiert worden ist. Es kann deshalb von Staatsanwälten herangezogen werden, wenngleich untere Instanzen inzwischen die Patientenselbstbestimmung auf Rettungsverweigerung längst anders bewertet haben.

30 Jahre altes Bundesgerichtshofurteil bis heute gültig

Bei grundsätzlicher Straflosigkeit der Beteiligung an einer eigenverantwortlichen Selbsttötung hatte der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 4. Juli 1987 (3 StR 96/84, NJW 1984, 2639 – „Dr. Wittig" bzw. „Peterle") Folgendes entschieden: Nach allgemeinen Grundsätzen mache sich wegen eines Tötungsdelikts durch Unterlassen strafbar, wer einen Bewusstlosen in einer lebensbedrohenden Lage antreffe und die ihm erforderliche zumutbare Hilfe zur Lebensrettung nicht leiste, obwohl er – vor allem als Arzt – Garantenpflichten für das Leben des Verunglückten habe. Dies gelte auch dann, wenn Zustand des handlungs- und willensunfähig gewordenen Opfers von diesem absichtlich – also durch Suizid – herbeigeführt worden sei. Wenn der Suizident die tatsächliche Möglichkeit, das Geschehen zu beeinflussen, endgültig verloren habe, weil er in-

folge Bewusstlosigkeit nicht mehr von seinem Entschluss zurücktreten könne, hänge der Eintritt des Todes jetzt allein vom Verhalten des Garanten ab.

Das Zulassen des Sterbens bei Suizid eines todkranken Patienten wurde vor 30 Jahren in jedem Fall genauso bewertet wie die unterlassene Hilfeleistung bei einem Unglücksfall – eine heute überholte Vorstellung. Da es unzumutbar ist, noch unabsehbar lange auf ein neues Bundesgerichtshofurteil zu warten, hat der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) bereits vor einigen Jahren die gesetzliche Klärung zur Nicht-Hinderung einer Selbsttötung vorgeschlagen.

Zugang zu Natrium-Pentobarbital als Suizidmittel

Der Gipfel der Konfusion besteht in den jüngsten Reaktionen auf ein im März vorigen Jahres ergangenes Urteil des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts (Az. BVerwG 3 C 19.15). Die Urteilsbegründung steht unter der aufsehenerregenden Überschrift „Erlaubnis zum Erwerb einer tödlichen Dosis Natrium-Pentobarbital zur Selbsttötung". Die entscheidenden Punkte aus dem Leitsatz der Leipziger Richter lauten:

- „…dass der Erwerb eines Betäubungsmittels für eine Selbsttötung mit dem Zweck des Gesetzes ausnahmsweise vereinbar ist, wenn sich der suizidwillige Erwerber wegen einer schweren und unheilbaren Erkrankung in einer extremen Notlage befindet."

- „…wenn – erstens – die schwere und unheilbare Erkrankung mit gravierenden körperlichen Leiden, insbesondere starken Schmerzen verbunden ist … – zweitens – der Betroffene entscheidungsfähig ist und sich frei und ernsthaft entschieden hat, sein Leben beenden zu wollen und ihm – drittens – eine andere zumutbare Möglichkeit zur Verwirklichung des Sterbewunsches nicht zur Verfügung steht."

Die obersten deutschen Verwaltungsrichter wendeten sich darin letztinstanzlich an das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), einer nachgeordneten Behörde des Bundesgesundheitsministeriums. Konkret geht es darum, dass der Staat in Extremfällen schwer und unheilbar kranken Patienten den Zugang zu Natrium-Pentobarbital (kurz: NaP), das eine „würdige und schmerzlose" Selbsttötung erlaube, nicht verwehren dürfe. NaP, welches von Schweizer Suizidhilfeorganisationen für einen schnellen und sicheren Tod verwendet wird, sollte auch in Deutschland beim BfArM beantragt werden können.

Verweigert Einzelfallprüfung: Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte

Die Leipziger Gerichtsentscheidung hatte zu fassungslosem Entsetzen bei konservativen Politikern, Ärzten und Kirchenvertretern geführt. Der Gesundheitsexperte der SPD, Dr. Karl Lauterbach, hält das Urteil für richtig, wie der Spiegel berichtete.

Bundesbehörde unter Gröhe verweigert sich dem Bundesverwaltungsgericht

Inzwischen liegen laut Süddeutscher Zeitung 83 Anträge aufgrund des Leipziger Urteils auf Überlassung von Natrium-Pentobarbital beim BfArM vor. Bundesgesundheitsminster Hermann Gröhe verweigert jedoch die hochrichterlich aus Leipzig angeordnete Einzelfallprüfung. Das BfArM wandte sich in dieser Situation zur Unterstützung an den ehemaligen Verfassungsrichter Udo Di Fabio. Dieser kommt in einem Gutachten zu dem Schluss, dass das Leipziger Urteil wahrscheinlich „verfassungsrechtlich nicht haltbar" sei. Zudem sei es ungesetzlich, womit sich auch Di Fabio auf den – nach kontroverser Debatte – 2015 verabschiedeten Strafrechtsparagrafen 217 bezieht, welcher die „geschäftsmäßige" Förderung von Selbsttötungen mit bis zu drei Jahren Gefängnis bedroht. Die Befürworter des Strafrechtsparagrafen 217 im Bundestag wollten damit verhindern, dass der assistierte Suizid zu einem „gesellschaftlichen Normalfall" wird, zu dem sich alte oder kranke Menschen dann gedrängt fühlen könnten. Mehrere Verfassungsbeschwerden, darunter von Palliativmedizinern, sind dagegen eingereicht worden. Karlsruhe will in diesem Jahr darüber entscheiden. Mitglieder des Bundestags, darunter Christine Aschenberg-Dugnus, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP, plädieren ebenfalls für eine Korrektur.

Nun wird also in einem, an den als konservativ geltenden Di Fabio vergebenen Auftragsgutachten vertreten, dass der Staat „einem Sterbewilligen die für den Freitod

notwendigen Mittel“ nicht zugänglich zu machen hätte. Diese Einzelmeinung eines Ex-Richters besagt zunächst nichts – schon gar nicht, dass damit eine Bundesbehörde wie das BfArM ein Bundesverwaltungsgerichtsurteil missachten dürfte. Dieses Urteil ist von der obersten Instanz gefällt worden, rechtskräftig und in einem Rechtsstaat folglich verbindlich für das Bundesinstitut. In dieser Situation will Bundesgesundheitsminister Gröhe nunmehr den Bundestag auffordern, eine neue rechtliche Klarstellung zu beschließen, damit das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht zum Tragen kommt – wogegen dann nur wieder das Bundesverfassungsgericht angerufen werden könnte.

Was aber geschieht in der Zwischenzeit mit den 83 Menschen, die beim BfArM einen Antrag zur Überlassung von Natrium-Pentobarbital gestellt haben? Sie haben – unter den engen Voraussetzungen des Leipziger Gerichtsurteils – gegenwärtig einen wirksamen Anspruch darauf. Doch die Behörde praktiziert eine systematische Verzögerungstaktik. Zwei der Antragsstellerinnen, die laut Humanistischem Pressedienst mit Hilfe von Rechtsanwalt Prof. Robert Roßbruch und der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben Untätigkeitsklagen eingereicht haben, sind bereits an ihrem schweren Leiden verstorben. Ihre Fälle haben sich also „biologisch erledigt“.

Gita Neumann, Redakteurin des Newsletters Patientenverfügung

Info

Den Newsletter rund um die Selbstbestimmung am Lebensende können Sie mit einer formlosen Mail an newsletter@patientenverfuegung.de anfordern.

Weitere Informationen zu Patientenverfügungen finden Sie auf den Seiten der Zentralstelle Patientenverfügung des HVD: www.patientenverfuegung.de

Unsere ehrenamtlichen Berater informieren Sie in Niedersachsen auch vor Ort. Wenden Sie sich hierzu bitte an unsere Landeszentrale: Mail: zentrale@humanisten.de, Telefon: 0511 167691-60

Keine Entscheidung zu Ethikunterricht

Das Bundesverfassungsgericht weigert sich, über die Einrichtung zu entscheiden

Eine Mutter aus Baden-Württemberg hatte darauf geklagt, dass für ihre Kinder ein Ethikunterricht an der Grundschule eingerichtet wird. Bislang gibt es Ethik in Baden-Württemberg erst ab der 7. Klasse. Die Mutter berief sich darauf, dass religiös gebundene Kinder mit dem Religionsunterricht einen moralischen Unterricht erhalten, konfessionsfreien Kindern dagegen kein entsprechender moralischer Unterricht gewährt wird.

Zu jung für Ethikunterricht? Verfassungsgericht drückt sich um Entscheidung

Nachdem die Verwaltungsgerichte bis zum Bundesverwaltungsgericht (Az: 6 C 11.13, Urteil vom 16. April 2014) den Anspruch der Mutter abgelehnt hatten, hatte diese 2014 das Bundesverfassungsgericht angerufen. Mit dem Beschluss vom 27. November 2017 hat das Bundesverfassungsgericht nun entschieden,

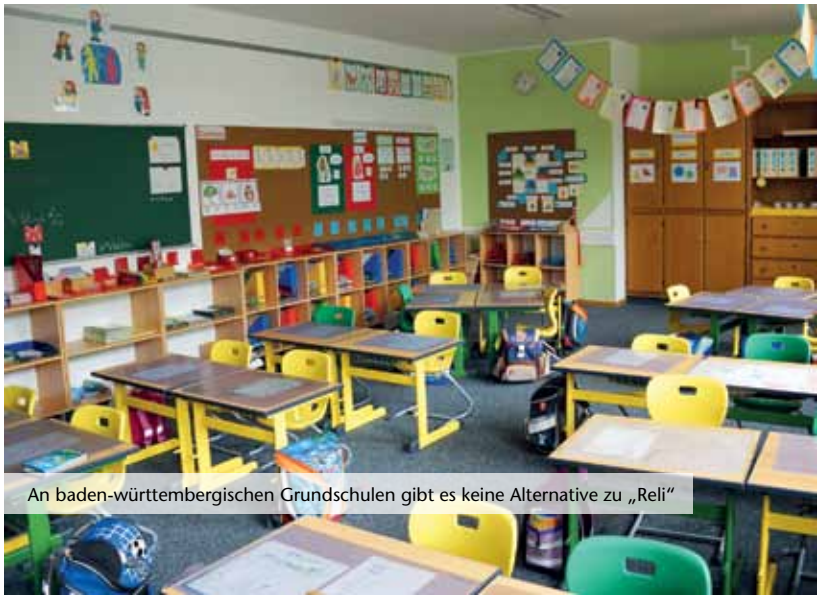
die Sache nicht zur Entscheidung anzunehmen.

Der Beschluss ist für das Bundesverfassungsgericht nur peinlich und gegenüber der Mutter eine Unverschämtheit. Auf zehn Seiten erklärt das Bundesverfassungsgericht mit zum Teil absurden Argumenten, warum es sich inhaltlich zur Sache nicht erklären will.

So meint das Bundesverfassungsgericht, es sei nicht klar, ob sich die Vorgerichte ausreichend mit den verfassungsrechtlichen Fragen befasst hätten, obwohl sowohl aus der Beschwerde selber wie auch aus dem mit der Verfassungsbeschwerde angegriffenen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts eindeutig hervorgeht, dass es in allen drei Instanzen und auch im vorhergehenden Verwaltungsverfahren immer nur um die Frage ging, ob es einen auf dem Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 GG beruhenden Anspruch auf Einführung von Ethik gibt, da andere Rechtsgrundlagen nicht bestehen.

Dann führt das Gericht aus, der Gesetzgeber hätte im Bereich der schulischen Bildung einen weiten Gestaltungsspielraum. Das ist zwar zutreffend, der Gesetzgeber hat jedoch nicht den Spielraum unter Verstoß gegen den Gleichheitssatz einer Gruppe – hier religiösen Schülern – einen moralischen Unterricht zu gewähren, den er einer anderen Gruppe – hier konfessionsfreien Schülern – verweigert. Zu prüfen, ob dieser Spielraum wegen eines Verstoßes gegen Art. 3 GG überschritten war, wäre die Aufgabe des Bundesverfassungsgericht gewesen.

Im Grunde argumentiert das Bundesverfassungsgericht an dieser Stelle so, dass es darauf hinweist, dass es hier ein Problem gibt und dies als Grund dafür anführt, sich mit dem Problem nicht zu beschäftigen. Eine solche Argumentation ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten.


An baden-württembergischen Grundschulen gibt es keine Alternative zu „Reli“

Obwohl sich das Bundesverfassungsgericht ja eigentlich mit den aufgeworfenen Rechtsfragen nicht befassen will, kommt es dann doch nicht darum herum, Stellung zu beziehen. Es bestreitet, dass überhaupt eine relevante Ungleichbehandlung vorläge.

In dem Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Mannheim und dem Bundesverwaltungsgericht war es klar, dass der Ethikunterricht ein gleichwertiger Unterricht zum Religionsunterricht ist. Zutreffend sind die zwei Gerichte auch davon ausgegangen, dass eine dem Religionsunterricht gleichwertige moralische Erziehung in den anderen Grundschulfächern nicht vorgenommen werden kann. Dies zweifelt das Bundesverfassungsgericht nun an. Es nimmt an, die moralische Erziehung der Schüler könne nebenbei in den sonstigen Unterrichtsfächern statt finden. Einen spezieller Unterricht sei dafür gar nicht nötig. Ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz läge daher nicht vor. Eine These, die vorsätzlich völlig an der Realität in der Schule vorbeigeht.

Offensichtlich will sich das Bundesverfassungsgericht mit der aufgeworfenen Rechtsfrage nicht beschäftigen. Die Gründe hierfür liegen nicht in dem, was das Bundesverfassungsgericht ausführt. Vielmehr dürfte für den Unwillen des Bundesverfassungsgerichts ausschlaggebend gewesen sein, dass es schwierig ist, mit einer juristisch überzeugenden Argumentation den Anspruch auf Erteilung eines Ethikunterrichts abzulehnen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil ausgeführt, Art. 7 Abs. 3 GG sei ein Privileg für die Religionen. Es gewähre diesen ein besonderes Recht an der Schule ihre Mitglieder zu unterrichten. Als ein solches grundgesetzlich gewährtes Privileg gehe es dem Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 GG vor und erlaube es, diesen zu durchbrechen.

Wenn dies richtig wäre, dann hätten Konfessionsfreie allerdings keinen Anspruch auf Einführung eines Ethikunterrichtes.

Die Frage, ob es einer Privilegierung der Religionen durch Art. 7 Abs. 3 GG gibt, war die für den Streit rechtlich entscheidende Frage, eine verfassungsrechtliche Frage, zu deren Klärung des Bundesverfassungsgericht berufen gewesen wäre. Es

hat sich geweigert, diese ihm übertragene Aufgabe wahrzunehmen.

Die These, Art. 7 Abs. 3 GG sei ein Privileg der Religionen und Weltanschauungen, ist falsch.

Die historische Betrachtung der Entstehung des Religionsunterrichts an der Schule und seiner verfassungsrechtlichen Institutionalisierung in Art. 149 WRV und dem fast wortgleichen Art. 7 Abs. 3 GG zeigt, dass der Staat mit der Einführung und Aufrechterhaltung des Religionsunterrichtes als ordentlichem Schulfach auch nach der Trennung von Staat und Kirche 1918 seinen eigenen moralischen Erziehungsauftrag an die Kirchen delegiert hatte. Dieser Unterricht war daher kein Privileg für die Kirchen, sondern eine Inpflichtnahme der Kirchen durch den Staat. Die Kirchen wurden verpflichtet – und waren dazu auch gerne bereit – die allgemeine moralische Erziehung der Kinder für den Staat zu leisten. Dies war in einer Situation, in der über 95 % der Bevölkerung christlich waren, auch problemlos möglich. Die christliche Moral war zugleich auch die staatliche Moral. Ein spezieller staatlicher Ethikunterricht machte in einer solchen Situation keinen Sinn (vgl. hierzu meinen Aufsatz: Ethikunterricht, Lebenskundeunterricht, Religionsunterricht. Moralische Erziehung an der Schule im rechtlichen und sozialen Wandel, in: Religion und Weltanschauung im Recht, Alibri-Verlag)

Es ist klar, dass in einer geänderten sozialen Situation, wie sie heute besteht, in der nur noch 55 % der Bundesbürger Mitglieder einer christlichen Kirche sind, dieses Modell nicht mehr funktionieren kann und der Auftrag zur ethischen Bildung der Schüler an den Staat zurückfällt. Da der Religionsunterricht nie ein Privileg war, ist es ebenso klar, dass Konfessionsfreie aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz einen Anspruch darauf haben, dass der Staat seinen ihm obliegenden moralischen Erziehungsauftrag auch ihnen gegenüber wahrnimmt und einen Ethikunterricht einrichtet, solange es Religionsunterricht als Pflichtfach an der Schule gibt.

Zu diesem Ergebnis wollte das bekanntermaßen äußerst religionsfreundlich eingestellte Bundesverfassungsgericht aber offensichtlich nicht kommen. Bei der Lektüre des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes drängt sich die Frage auf, wofür wir in Deutschland ein Bundesverfassungsgericht haben? Für solche Beschlüsse braucht man es auf jeden Fall nicht.

Der Beschluss zeigt erneut, dass man vor dem Bundesverfassungsgericht für Konfessionsfreie nichts erreichen kann.

Thomas Heinrichs/hpd.de
Dr. Thomas Heinrichs ist Rechtsanwalt (Schwerpunkt unter anderem Verwaltungsrecht) und Mediator sowie Beisitzer im Präsidium der Humanistischen Akademie Berlin sowie Vizepräsident der Humanistischen Akademie Deutschlands. Außerdem ist er Beisitzer im Präsidium des HVD Berlin-Brandenburg.

Atheisten werden weltweit diskriminiert

IHEU veröffentlicht „Freedom of Thought Report 2017“

Nichtreligiöse Menschen erfahren in 85 Ländern weltweit Diskriminierung, in sieben Ländern werden sie sogar aktiv politisch verfolgt. So das Ergebnis des Freedom of Thought Report 2017, den die International Humanist and Ethical Union (IHEU) zum Jahreswechsel veröffentlichte.

Seit 2012 veröffentlicht die International Humanist and Ethical Union (IHEU) jährlich einen Bericht darüber, wie es um die Diskriminierung und Verfolgung von Atheisten, Humanisten und Nicht-Gläubigen aller Art weltweit bestellt ist – den Freedom of Thought Report (Gedankenfreiheits-Bericht). Bereits der Vorjahresbericht kam zu dem Ergebnis, dass es eine neue weltweite Welle der Unterdrückung von humanistischen Werten und Säkularismus gibt. Ein Trend, der sich laut dem jüngst veröffentlichten Bericht für das Jahr 2017 auch in diesem Jahr fortgesetzt hat.

Weltweit im Schatten religiöser Mehrheiten

Der Bericht dokumentiert, dass nicht-religiöse Menschen in 85 Ländern weltweit unter Diskriminierung leiden. In

sieben Ländern werden sie mit staatlicher Unterstützung aktiv politisch verfolgt, in zwölf Ländern steht auf den Wechsel der Religion oder den Abfall vom Glauben die Todesstrafe. In mehreren Ländern wurden im Verlauf der vergangenen zwölf Monate Nicht-Gläubige aufgrund ihres Nicht-Glaubens ermordet.

Die Verfasser des Freedom of Thought Report 2017 weisen darauf hin, dass die Fälle von politischer Verfolgung und von Mord an Nicht-Gläubigen nicht als isolierte Ereignisse betrachtet werden dürfen. Vielmehr zeige sich in ihrer Zunahme ein „Muster des weltweiten Rückschritts". Während derzeit der Fokus der globalen Aufmerksamkeit auf der zunehmenden Verbreitung von Populismus und autoritären Regierungen liege, müsse man sich darüber klar werden, dass die wahre Bedrohung von demokratischen Normen und Menschenrechten Diskussionen um „Fake News" bereits jetzt bei Weitem übersteige.

„Immer mehr Menschen kommen zu uns (...) aus Saudi Arabien oder Afghanistan oder Pakistan und erzählen: ‚Ich bin Humanist' oder ‚Ich bin Atheist, aber ich kann nicht frei sprechen (…), nicht mal online", sagt IHEU-Präsident Andrew Copson. „Sie haben Angst, dass man sie angreift oder vielleicht sogar tötet. Dieser Bericht zeigt, dass das keine unbegründete Angst ist. In mehreren Ländern wurden Menschen umgebracht und ihre Mörder gingen weitgehend straffrei aus. Die internationale Gemeinschaft darf nicht mit ihrem Kuschelkurs gegenüber Staaten fortfahren, die das Ablegen der Religion als Kapitalverbrechen kriminalisieren. Wir rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, die Verfolgung von Humanisten und Atheisten zu verurteilen und mit Verfechtern der Menschenrechte auf der ganzen Welt zusammenzuarbeiten, um diese Ungerechtigkeit zu beenden."

Vor allem in vorwiegend muslimischen Ländern werden Atheisten, Humanisten und Nicht-Gläubige aller Art diskriminiert. Doch nicht nur dort. Auch in nicht-muslimischen Ländern erfahren nicht-religiöse Menschen Diskriminierung – das gilt auch für Deutschland, an dem der Freedom of Thought Report 2017 einiges zu bemängeln hat. Beispielsweise, dass es dort – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – noch immer ein „Blasphemie-Gesetz" gibt, das für die Beschimpfung von religiösen Bekenntnissen Gefängnisstrafen vorsieht, führt zu einer Negativ-Einstufung Deutschlands. Doch auch die vielfältige staatliche Bevorzugung und finanzielle Unterstützung religiöser Vereinigungen und Organisationen durch den Staat kritisiert der Bericht.

Der Freedom of Thought Report 2017 steht als Download auf www.freethoughtreport.com/download-the-report/ zur Verfügung. Möglich ist außerdem die Nutzung einer interaktiven Weltkarte (www.freethoughtreport.com/), über die Informationen jeweils pro Land abgerufen werden können.

Daniela Wakonigg/hpd.de

Ein halbes Todesurteil weil er Platon nicht kennt

Großbritannien schickt verfolgten Humanisten zurück nach Pakistan

Humanisten werden in Pakistan zum Tode verurteilt oder einfach ermordet. Einer von ihnen hat Asyl in Großbritannien beantragt. Jetzt will das Land ihn loswerden. Weil er Platon und Aristoteles nicht so gut kennt.

An Pakistans Schulen wird Humanismus nicht vermittelt

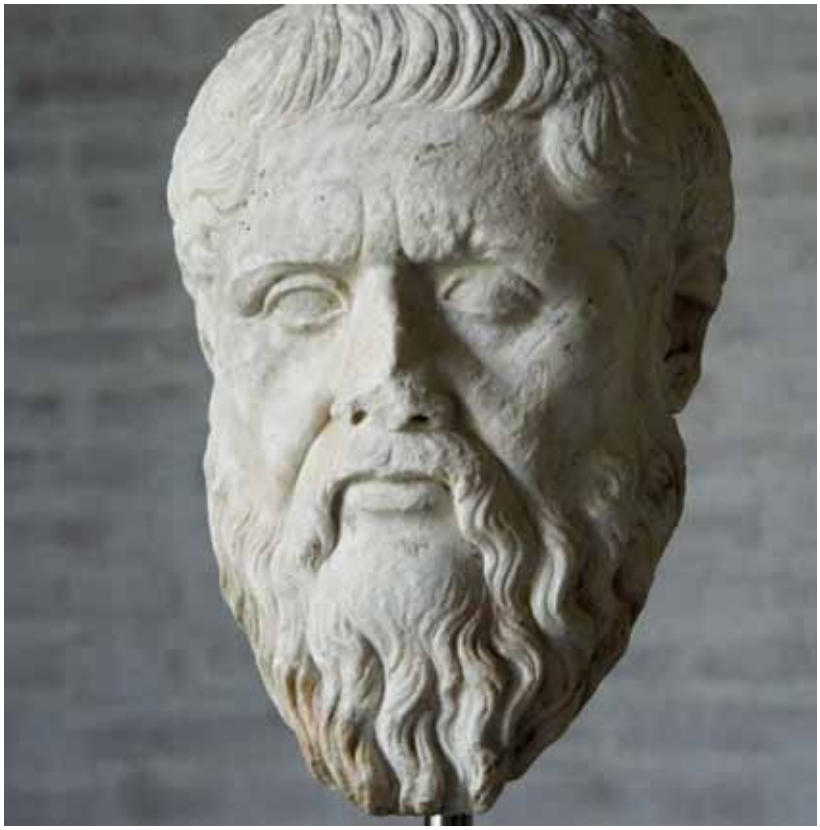
„Nenne einen berühmten Belgier!" Mit diesem Spiel hübschten wir dann und wann unsere Studentenpartys auf, damals, als die Welt noch halbwegs vernünftig erschien. Der Effekt war eigentlich immer derselbe. Die Leute verfielen vom einen Moment auf den nächsten in ein intensives Nachdenken, ganz als läge ihnen ein Wort auf der Zunge, das sich aber immer wieder entzog. Ein berühmter Belgier? Hm. Den ganz gewitzten fiel nach einigem Stirnrunzeln noch der klassische Rennradler

Eddy Merckx ein, andere kamen, mit etwas Glück, auf Hergé, den Erfinder von Tim und Struppi. Staunen und Lachen waren allgemein, die Belgierfrage ein großer Spaß, und niemals hätten wir uns vorstellen können, dass von einer solchen Frage, in Westeuropa, einmal Leben und Tod abhängen könnten.

Das waren die Neunziger. Damals waren die Unfreiheitssysteme des Ostblocks auseinandergebrochen, man war noch jung genug, an die Errungenschaften unserer angeblich demokratischen Gesellschaftsordnung zu glauben, und religiöses Denken war so weit weg, dass man nicht einmal Witze darüber gemacht hätte, so wie man mit einem Sterbenden keinen Streit mehr anfängt.

Die Welt scheint sich geändert zu haben seitdem. Denn es kann dir passieren, dass innerhalb Europas, im so genannten Westen, dein Leben in Gefahr gerät, wenn du auf eine Belgierfrage keine Antwort weißt. So ist es kürzlich in Großbritannien geschehen. Dort lebt seit 2011 der Pakistani Hamza bin Walayat und wartet auf die Anerkennung seines Asylantrags. Er muss also glaubhaft machen, dass er in seinem Herkunftsland verfolgt wird und an Leib und Leben bedroht ist.

Pakistan scheint als Land dafür wie geschaffen. Man muss halt nur irgendwie erst mal lebend da rauskommen. Hamza bin Walayat stammt aus einem muslimischen Umfeld, wie 96 % seiner Landsleute. Irgendwann hat er sich von Glaubensvorstellungen losgesagt. Als Pakistani. In Pakistan ist so genannte Blasphemie strafbar. Man kann sein Leben darüber verlieren. In Pakistan werden Menschen geheimdienstlich entführt, wenn sie sich als Blogger zu einer säkularen Weltsicht bekennen. In Pakistan werden Menschen zum Tode verurteilt, wenn sie in einem Thread angeblich den so genannten Propheten kritisieren. In



Auch unter uns Humanisten im Westen wäre längst nicht jeder in der Lage, einen Humanisten der griechischen Antike zu nennen. Ob man gerade Platon als einen solchen bezeichnen kann ist zudem zweifelhaft.

Pakistan wird jemand, der sich auf Facebook als Humanist bezeichnet, von einem aufgepeitschten Mob ermordet. Wer jetzt nicht so wirklich religiös ist, und wer sich auch nicht durch Prügel dazu überreden lassen mag, an die Liebe und Barmherzigkeit der jeweiligen Gottheit zu glauben, hat in Pakistan ein Problem. Ein gravierendes.

Und auch deswegen fühlt er sich vielleicht eher in Großbritannien wohl. Hat dort einen Asylantrag gestellt. Wird vom Innenministerium als der zuständigen Behörde vorgeladen. Welcher Religion er angehöre. Sagt: Er sei Humanist. Und bekommt darauf seine persönliche Belgierfrage: Nennen Sie einen griechischen Philosophen, der Humanist war!

Nur eben: ganz ohne Spaß. Wo uns jede Sekunde der Belgier-Besinnung eine Erheiterung war, steht hier vielleicht dein Leben auf dem Spiel. Du denkst nach. Oder Hamza bin Walayat denkt nach. Und er weiß keine Antwort. Muss er ja auch nicht. Kann ich nicht Christ sein, ohne christliche Denker aus der Frühzeit zu kennen? Vor allem aber: Ist nicht das Bekenntnis zum Humanismus wesensverschieden von einem religiösen Bekenntnis? Die Religion ist ja um Gottheiten und Quasigottheiten und um deren Vorschriften herumgestrickt. Das Bekenntnis zum Humanismus kommt prinzipiell ohne Vorbeter aus. Es setzt nur auf überzeugende Gedanken. Autoritäten sind nicht nötig, Mythos und Charisma eher verdächtig. „Große Männer“ zu kennen, die sich der historischen Entwicklung humanistischen Gedankenguts zurechnen lassen, ist für Bildungsinteressierte sicherlich kein Fehler. Notwendig, um ein gutes Leben zu führen, sind sie natürlich nicht. Humanist kann man sein, ohne jemals etwas vom Humanismus gehört zu haben. Man braucht

keinen Erlöser, keine Botschaft, kein Höllenfeuer noch Apokalpyse. Man braucht nur einen klaren Kopf und ein verständiges Herz.

Das ist der Monolog, der Hamza bin Walayat natürlich nicht einfiel in diesem Moment. Er erkannte die Gefahr hinter der Frage und entschuldigte sich ein bisschen. Dann kam der Bescheid: Hamza bin Walayat, der von Morddrohungen aus seinem nächsten Umfeld berichtet, kann locker in Pakistan leben. Einem Land, wie gesagt, in dem du ermordet wirst, wenn du dich auf Facebook „Humanist" nennst. Die Begründung für dieses halbe Todesurteil des britischen Innenministeriums: Der Asylbewerber habe auf Nachfrage weder Platon noch Aristoteles benennen können. Sei mithin kein Humanist. Und ab dafür. Nach Pakistan. Ins Höllenfeuer religiösen Denkens und Empfindens.

Klaus Ungerer/hpd.de

Unterstützen

Sie können Hamza und weitere Fälle in Großbritannien unterstützen.

Change.org bietet eine Onlinepetition: www.change.org/p/amber-rudd-grant-asylum-in-the-uk-to-humanist-hamza-bin-walayat.

Eine autoritäre Revolte gegen die Aufklärung

Ein Interview mit Volker Weiß

Der Historiker Volker Weiß hat das vielfältige Spektrum der neuen rechten Bewegungen untersucht. Im Interview mit dem hpd erklärt er unter anderem, was es mit dieser Neuen Rechten auf sich hat und welche Rolle die Aufklärung und Menschenrechte für sie spielen.

Beispiele weltweiter Proteste gegen rechte Ideen im Mainstream: „Burschenschaftler go home" (Wien, Januar 2015) und Frauen auf einer Anti-Trump Rallye bei San Francisco (November 2016)

In Ihrem aktuellen Buch „Die autoritäre Revolte" haben Sie sich mit der sogenannten „Neuen Rechten" auseinandergesetzt. Was ist das Neue an der Neuen Rechten?

Volker Weiß: Die Neue Rechte ist erstmal nicht sehr neu. Sie ist schon mehrere Jahrzehnte alt und bezieht sich auf Quellen, die teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Sie unterscheidet sich aber von der sogenannten alten Rechten durch eine stärkere theoretische Ausrichtung und ein intellektuelleres Profil, durch eine bessere internationale Vernetzung und durch eine Orientierung an einem historischen Kanon der 1920er-Jahre.

Gegen was konkret richtet sich die Neue Rechte?

Die Neue Rechte strebt letztlich einen Umbau der demokratischen Gesellschaften an, zurück in ein klar strukturiertes, hierarchisches Gesellschaftsmodell mit einer autoritären Führung, einem starken Staat und einem stark ausgeprägten nationalistischen Denken. Sie alle richten sich gegen die sogenannte Kulturrevolution von 1968, beziehungsweise gegen die Liberalisierung insbesondere von westlichen Gesellschaften in der Nachkriegszeit. Und sie richtet

Das Pendel schwingt zurück: Neue Rechte als Gegenbewegung zu 68ern (hier TU Berlin 1968)

sich auch wesentlich weiter gefasst gegen den demokratischen Umbau nach 1945 in Europa.

Das klingt sehr abstrakt, hat aber mittlerweile in einigen Ländern sehr konkrete Formen angenommen, etwa in Viktor Orbáns Konzept eines „illiberalen Staates“ oder in der neuen österreichischen ÖVP-FPÖ-Koalition. Die Attraktivität dieser Vorstellungen reicht mittlerweile wieder bis in den bürgerlichen Konservatismus hinein, wie jüngst Alexander Dobrindts Rhetorik von einer „Konservativen Revolution“ zeigte. In dieser Wirkung der Neuen Rechten sehe ich die größte Gefahr.

Welche Rolle spielt dabei die historische Epoche der Aufklärung?

Die Aufklärung war immer verbunden mit dem Freiheitsgedanken und einer Emanzipation von Zwängen. Sie war deswegen seit jeher ein Gegenmodell. Man bezieht sich in der Neuen Rechten zudem auf gegenrevolutionäre Denker des frühen 19. Jahrhunderts. Es waren Denker, die sich sehr stark gegen die Aufklärung und gegen die Französische Revolution gestellt haben. Das ist der ewige Kampf, der geführt wird gegen das Denken nicht nur von 1789, sondern gegen das gesamte Projekt der Aufklärung, weil man letztlich in eine voraufgeklärte Welt zurück möchte.

Welchen Stellenwert nehmen Menschenrechte bei der Neuen Rechten ein?

Menschenrechte werden abgelehnt, weil sie universelle Freiheitsrechte sind. Die Neue Rechte geht davon aus, dass jede Nation und jedes Volk in seinem Gebiet seine Rechte bestimmen soll und dass es keine universellen Rechte gibt, die weltweit gelten.

Auch innerhalb der Linken gibt es kulturrelativistische Strömungen, die die weltweite Geltung der Menschenrechte infrage stellen...

Ja, durchaus. Die Linke müsste sich eigentlich auf ihre religionskritischen Wurzeln zurückbesinnen und sich der Herausforderung des Islamismus offensiv stellen.

Man könnte auch sagen, dass ein Denker wie Oswald Spengler in den 20er-Jahren vergleichsweise wenig eurozentristisch war, da er die europäische Aufklärung auch in Europa abgelehnt hat und in seinem Denken beispielsweise für asiatische Kulturen große Aufmerksamkeit hatte. Und da gibt es heute einen Teil eines alternativen Milieus, das ganz ähnlich funktioniert, weil es die Schattenseiten der europäischen Geschichte mit der Notwendigkeit von Aufklärung verwechselt.

Sie beziehen sich in Ihrem Buch auch auf den politischen Islam und weisen auf ideologische Parallelen zu rechten Bewegungen hin. Worin bestehen diese?

Ja, ich sehe nicht nur in Deutschland und Europa eine autoritäre Revolte, sondern international. Dieses Phänomen ist eine Reaktion auf die Verunsicherung, die die Moderne immer wieder mit sich bringt und die in den letzten Jahren immer stärker wurde. Und da kann ich letztlich auch den politischen Islam mit einsortieren. Beide richten sich sehr stark gegen eine Befreiung des Subjekts, gegen eine Emanzipation der Frau, gegen eine Emanzipation von Minderheiten, gegen eine Gleichstellung auch von Homosexuellen. Und beide wollen vorgeblich ewige Werte, Tradition und alte Normen wieder in ihr angebliches Recht setzen.

Wie sollte man mit diesen unterschiedlichen Ausprägungen der autoritären Revolte umgehen?

Es ist wichtig einen kühlen Kopf zu bewahren und sich nicht von den Parolen irre machen zu lassen, sondern konsequent für die positiven Werte der Aufklärung zu fechten. Dann hat man automatisch den politischen Islam und die Neue Rechte als Gegner. Über diese Leute gilt es aufzuklären, dass sie keine Konservative sind, sondern eine wesentlich aggressivere Strömung repräsentieren, die teilweise auf den historischen Faschismus zurückgreift.

Die Fragen stellte Florian Chefai (hpd)

Volker Weiß ist Historiker schreibt als freier Publizist unter anderem für DIE ZEIT, Jungle World, Frankfurter Rundschau, taz und den Spiegel. Er forscht zu Geschichte und Gegenwart der extremen Rechten in Deutschland sowie der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Sein Buch „Die autoritäre Revolte“ war nomoniert für den Preis der Leipziger Buchmesse 2017. Erschienen bei Klett-Cotta, 304 Seiten, gebunden, 20,– Euro.

BuFDi Kay weiß, dass Arbeit auch Spiel bedeuten kann

„Menschen in der LAB“ – Teil 2 von 3

Jung und freiwillig: unser „BuFDi“ in der Begegnungsstätte

In der letzten Ausgabe hatten wir über die Entwicklung und den Alltag in der HVD Flüchtlingsbegegnungsstätte in Bramsche berichtet und unsere Serie „Menschen in der LAB“ mit dem Beitrag „Von Freundschaften, einer Hochzeit in Bramsche und einem Wiedersehen“ gestartet. In dieser Ausgabe berichten wir nun über die „BuFDis“ – Menschen, die sich freiwillig zwölf Monate in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen engagieren, so auch in der HVD Einrichtung. Zum Abschluss werden wir in der kommenden Ausgabe (2I2018) mit Ulrike Althof über ihre Tätigkeit als Ehrenamtliche in der Begegnungsstätte sprechen.

Der Bundesfreiwilligendienst

Mit der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahr 2011 liefen auch die letzten Zivildienstverhältnisse, als Ersatzleistung für Wehrdienstverweigerer, aus. Diese waren zuvor unter anderem in Krankenhäusern, Altenheimen, bei Rettungsdiensten oder in Einrichtungen der Behindertenbetreuung – aber auch vermehrt im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes – eingesetzt worden. Um die hier entstandenen Versorgungslücken wieder zu kompensieren, wurde im selben Jahr der Bundesfreiwilligendienst geschaffen. Im Bundesfreiwilligendienst können sich nun alle Menschen, egal welchen Geschlechts oder Alters, engagieren. Voraussetzung ist, dass sie die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben und dass die „Arbeitsmarktneutralität“ gewährleistet ist. Das bedeutet, dass die Freiwilligen ausschließlich unterstützende Tätigkeiten verrichten und keine hauptamtlichen Kräfte ersetzen. Es wird also weder die Einstellung von neuen Beschäftigten verhindert, noch wird Arbeitnehmern gekündigt. In der Regel beträgt die Einsatzzeit zwölf Monate.

„BuFDi“ beim HVD

Die im März 2016 eröffnete HVD Begegnungsstätte für Flüchtlinge stellte direkt nach der Inbetriebnahme einen Antrag zur Anerkennung als Einsatzstelle im Bundesfreiwilligendienst. Voraussetzung hierfür war ein Nachweis, dass sowohl die Aufgaben der Einrichtung als auch die Tätigkeiten der/des Freiwilligen dem Gemeinwohl dienen. Dies wurde in einem Anerkennungsverfahren geprüft, und so konnte der damals 19-jährige Lutz im Oktober 2016 als erster Bundesfreiwilligendienstler (kurz: „BuFDi“) seinen Dienst für zwölf Monate antreten. Mussten am Anfang noch viele organisatorische Fragen geklärt werden (schließlich war die Betreuung und Begleitung eines BuFDis auch für die BetreuerInnen vor Ort noch „Neuland“), wuchs das Team aus ehrenamtlich Tätigen und dem Freiwilligen schnell zusammen und ergänzte sich gegenseitig.

Die Tätigkeitsfelder des BuFDis in der Begegnungsstätte sind sehr viel-

schichtig und fordern ein hohes Maß an Flexibilität, Offenheit und Zuverlässigkeit. So garantiert er zum Beispiel verlässlich, dass die Einrichtung pünktlich öffnet, bereitet Materialien für regelmäßig stattfindende Angebote vor, koordiniert die Termine der unterschiedlichen Gruppen, die in der LAB aktiv sind und ist, nicht zuletzt als Ansprechpartner, für die Anliegen von Geflüchteten und Helfern ständig vor Ort. Zudem können (und sollen) sich die BuFDis mit eigenen Projekten einbringen. So initiierte Lutz schon bald eine wöchentlich stattfindende Basketballgruppe in der Sporthalle der LAB. Dieses Angebot wurde, insbesondere von jungen Flüchtlingen, gerne angenommen: Sport verbindet – auch ohne gemeinsame Sprache.

Der „erste“ BuFDi: Lutz mit Besuchern der Begegnungsstätte im Café

Nachgefragt beim „Neuen“

Im Oktober 2017 trat der 20-jährige Kay die Nachfolge an und unterstützt und begleitet seitdem die Menschen in der Begegnungsstätte. Mit ihm haben wir uns unterhalten:

Kay, du hast dich nach dem Abitur für den Freiwilligendienst in der Begegnungsstätte beworben. Was hat dich, bei den vielfältigen Möglichkeiten die es gibt, insbesondere an dieser Einsatzstelle interessiert?

Meine Stärken sind Empathie und Kreativität und die Fähigkeit sowohl im Team als auch eigenverantwortlich zu arbeiten. Dies sind meiner Meinung nach optimale Voraussetzungen für die Arbeit mit geflüchteten Menschen, die zum Teil Schlimmes erlebt haben. In der Begegnungsstätte des HVD haben diese Menschen die Möglichkeit „anzukommen“. Für mich als BuFDi ist es wichtig, dass der Mensch an sich im Vordergrund steht. Mit meinem Freiwilligendienst kann ich, gemeinsam mit den Ehrenamtlichen, viel dazu beitragen.

Wie sieht dein Alltag in der Einrichtung aus? Was sind deine regelmäßigen Aufgaben?

Ich bin Ansprechpartner für die ehrenamtlich Tätigen und natürlich auch für die Flüchtlinge. Ich koordiniere Termine, lade zu Teamsitzungen ein (alle Ehrenamtlichen treffen sich einmal im Monat, um sich über die Arbeit in der Begegnungsstätte auszutauschen) und gewährleiste die Öffnung unseres Cafés an den Nachmittagen. Auch Einkäufe für das Café wie zum Beispiel Tee, Wasser und Milch müssen regelmäßig besorgt werden.

Du triffst hier jeden Tag Menschen aus anderen Ländern, die teilweise erst kurz in Deutschland leben. Wie verständigt ihr euch? Gibt es dabei Probleme?

Es gibt komischerweise keine großen Verständigungsprobleme. Obwohl die Neuankömmlinge nur sehr wenige Brocken Deutsch sprechen, unterhalten wir uns in Englisch, Französisch oder auch mit „Händen und Füßen“. Es funktioniert irgendwie. Wir Freiwilligen und Ehrenamtlichen lernen, zum Beispiel bei gemeinsamen Gesellschaftsspielen, auch etwas Arabisch. Und umgekehrt lernen die Bewohner der LAB ganz nebenbei Deutsch.

Welche Erfahrungen nimmst du bislang aus diesen Begegnungen für dich mit?

Dass die Menschen, denen man nur einen Augenblick seiner Zeit schenkt, am Ende einem genau dafür unendlich dankbar sind.

Du bist jetzt schon einige Monate hier beschäftigt. Wie sieht deine (persönliche) Zwischenbilanz aus?

Aller Anfang ist schwer, aber es macht mir unglaublich viel Spaß hier in der Begegnungsstätte zu arbeiten. Ich könnte mir keine bessere Stelle für den Bundesfreiwilligendienst vorstellen, dies liegt nicht nur an den Tätigkeiten die ich hier zu erledigen habe und dem Kontakt zu den geflüchteten Menschen, sondern auch an den tollen Ehrenamtlichen, mit denen ich hier zusammen arbeite.

Was wünschst du dir für die nächsten Monate deines Freiwilligendienstes? Gibt es etwas,das du gerne noch machen möchtest?

Die Basketballgruppe, das Projekt meines Vorgängers, möchte ich am Leben erhalten. Es wäre ebenfalls schön, neue Ehrenamtliche im Team willkommen zu heißen. Ich blicke zuversichtlich in die nächsten Monate und hoffe, dass es eine schöne Zeit bleibt!

Das Gespräch führte Svenja Thiel

BuFDi beim HVD

Die Stelle in der Begegnungsstätte wird zum Oktober 2018 neu besetzt. Auch in Oldenburg gibt es, ab sofort, eine neue Stelle für Freiwillige. Mehr dazu auf Seite 21.

TITELTHEMA: WIE TICKT DIE JUGEND?

Das interessierte die Forscher der 2016 erschienenen Sinus-Jugendstudie. Sie haben dafür mit 72 Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren Tiefeninterviews geführt und diese sich auch gegenseitig befragen lassen. Wir geben hier einige Auszüge aus dem Kapitel „Glaube und Religion" wieder, der sich mit Jugendlichen ohne Religion befassen.

Was halten junge Konfessionsfreie von Religionen und Glaubensgemeinschaften?

Jugendliche ohne Religionszugehörigkeit gehen oft davon aus, dass Religionen sinnstiftend sind und eine Orientierung geben können. Gleichzeitig empfinden sie es als exotisch, an „überirdische Dinge" zu glauben, die unter Umständen gar nicht so stattgefunden haben. „Etwas zu glauben" bedeutet für sie tatsächlich und konkret an das zu glauben, was in den entsprechenden Schriften steht – und mit Blick auf die gängigen Religionen tauchen dabei für sie große Fragezeichen auf.

Insgesamt überwiegen bei ihnen die Zweifel an der Existenz Gottes und dem Wahrheitsgehalt der Bibel bzw. des Korans, so dass man auch zukünftig nicht Mitglied in einer Glaubensgemeinschaft werden möchte.*

Je früher die religiöse Sozialisation beginnt, desto nachhaltiger wirkt sie

Seine Sicht auf Glaubensgemeinschaften beschreibt ein 16-jähriger Junge ohne Religionszugehörigkeit wie folgt:
So, ich selber bin in keiner Familie mit Glauben aufgewachsen. Es ist für mich jetzt nicht nachvollziehbar, warum es jetzt wirklich einen Gott geben sollte. Es ist für einen selber dann nicht nachvollziehbar, wenn man da nicht mit reingeboren ist, wenn man darauf nicht erzogen wurde und alles drum und dran. Ja, ich finde an sich Religion teils auch interessant, so wie die dann leben, mit so einer Gemeinschaft in der Kirche. Es ist interessant an sich, aber ich könnte mir da jetzt nichts Ernsthaftes darauf vorstellen, dass es da wirklich einen großen Herrn geben soll, der das dann halt alles gemacht haben soll. Das kann man sich selber nicht vorstellen. Deswegen bin ich da nicht überzeugt.*

Ein christlicher Jugendlicher (17 Jahre) befragt junge Menschen ohne Religion:
*Wieso glaubst du nicht an Gott?**

Ich hab mich schon intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt, ich habe auch in die Bibel ziemlich intensiv

reingelesen. Mir sind diverse Argumente bekannt und zu den meisten davon auch die Konterargumente. Das meiste davon macht keinen Sinn. Es gibt viel zu viele Götter, dass man gar nicht sagen kann, dass einer von denen existieren müsste, weil warum sonst würde man auf so viele kommen. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass Religion einfach nur ein total menschliches Konstrukt ist, das sich in jeder Kultur dann etabliert hat, aber an sich eigentlich nicht stimmt.*

Gehst du in die Kirche, vielleicht zu speziellen Anlässen? *

Ich werde recht oft dazu gezwungen, an Weihnachten in die Kirche zu gehen, weil meine Oma so gläubig ist. Und weil es ihr sehr wichtig ist, tu ich das. Aber nur sehr, sehr ungern, und ich probiere es zu vermeiden. Und ich glaube, in Zukunft werde ich mich auch da rausreden können, weil ich auch immer älter werde und dann ein bisschen mehr Selbstbestimmungsrecht erhalte.*

**Quelle: Calmbach M., Borgstedt S., Borchard I., Thomas P. M., Flaig B. B. (2016) Glaube und Religion. In: Wie ticken Jugendliche 2016. Springer, Wiesbaden. (CC BY-NC 2.5)*

JuHu: Angebot für humanistische Jugendliche

Gemeinschaftliches Engagement ohne religiösen Glauben

Junge Menschen ohne Religion, die sich auf Grundlage ihrer humanistischen Werte und Anschauung engagieren und etwas in Gemeinschaft tun wollen, haben bei den JuHus die Gelegenheit dazu. Derzeit sind sie in Hannover und in der Region Weser-Ems wieder dabei, die Vorbereitungsseminare und -aktivitäten der diesjährigen Jugendfeier mitzugestalten. Doch sie wollen – und tun – noch mehr!

Im Raum Hannover werden sie dabei vom Jugendbildungsreferenten Daniel Nette unterstützt. Im Raum Weser-Ems wird der vor einiger Zeit gegründete Jugendverband noch von Haupt- und Ehrenamtlichen des Erwachsenenverbandes mitbetreut. Doch diese sollen bald Unterstützung bekommen!

Wir suchen nämlich einen Bundesfreiwilligendienstler (BuFDi), der sich in Weser-Ems ausschließlich um die Jugend kümmern wird. Büro und Einsatzort wird das Humanistische Zentrum in Oldenburg sein.

Du bist volljährig und möchtest dich in der verbandlichen Jugendarbeit engagieren und hast Spaß im Umgang mit jungen Menschen? Du kannst gut organisieren, planen und bist offen und kommunikativ? Du bist flexibel und kannst dir eine Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen HelfernInnen in einem Jugendverband vorstellen? Du möchtest du dich mit eigenen Ideen einbringen? Bewirb dich bei uns und unterstütze unser Team!

Teilnehmer bei einem Vorbereitungsseminar zur Jugendfeier

BuFDi-Stellen beim Humanistischen Verband

In diesem Jahr suchen wir zwei BundesfreiwilligendienstlerInnen. Beide Stellenbeschreibungen (mit den jeweiligen Kontaktdaten) findet Ihr/finden Sie auf: www.hvd-niedersachsen.de/stellenangebote.html

Unterstützung der Jugendarbeit Weser-Ems:
Einsatzbereich: Regionalbüro Weser-Ems in Oldenburg, Dienstbeginn: Zum nächstmöglichen Zeitpunkt, Dauer der Anstellung nach Absprache, Wochenstunden: 30
Flüchtlingshilfe in der HVD-Begegnungsstätte:
Einsatzbereich: Landesaufnahmebehörde Bramsche-Hesepe, Dienstbeginn: Oktober 2018, Dauer der Anstellung nach Absprache, Wochenstunden: 30

Süd-Ost

alle Kontakte auf Seite 33

Hannover

Der Humanistische Chor heizt den Gästen des Winterfestes ordentlich ein

Wie in jedem Jahr läuteten das Winterfest am 17. Dezember und die Blaue (Besinnliche) Stunde am 24. Dezember für uns das Jahresende ein.

Winterfest und Blaue Stunde

Gab uns das Winterfest reichlich Anlass zur Rückschau, sowie zum ausgelassenen Feiern, so wurden, in diesem Rahmen erstmalig, auch die Jubilarinnen und Jubilare für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt. Im festlich geschmückten Hermann-Reuper-Saal brachte der Humanistische Chor „Freiklang", unter der professionellen Leitung von Dorothea Stiehler, sein beeindruckendes Repertoire zu Gehör. Einen, ebenfalls musikalischen, Ausgleich zu den kulinarischen Freuden am Kuchenbuffet brachte schließlich unser Mitglied Andy Reed, der bereits am Tag der offenen Tür im Oktober mit englischen Folk Songs und Country Dances seinen Einstand gegeben hatte. Und so boten besonders die von ihm angeleiteten Tänze Jung und Alt die Gelegenheit, ein paar der winterlichen Energiereserven wieder loszuwerden.

Auch die traditionelle Feierstunde am 24. Dezember wartete mit einigen Neuerungen auf: nicht allein der neue Name „Blaue Stunde" dürfte den Mitgliedern aufgefallen sein; auch die musikalische Begleitung durch Herrn Tannhäuser hatte nach vielen Jahren leider ein Ende gefunden. Für sein großes Engagement möchten wir uns an dieser Stelle nochmals ganz herzlich bedanken. Auch hier konnten wir uns sehr glücklich schätzen, wiederum mit Andy Reed einen passenden Nachfolger gefunden zu haben, der nur in Begleitung seiner Gitarre, eine einladende Atmosphäre zu erzeugen wusste, die alle Anwesenden zum Mitsingen der traditionellen, deutschsprachigen sowie einiger stimmungsvoller englischer Lieder animierte.

Nachdem vom Vorsitzenden Sascha Rother die Kerzen am Tannenbaum zu den guten Wünschen für das kommende Jahr entzündet worden waren, stimmte unsere Feiersprecherin Ute Schönleiter, im Wechsel mit Andy Reed, mit einem Potpourri aus winterlichen Gedichten und Geschichten die Anwesenden auf das Weihnachtsfest ein.

Lockerer Austausch bei Kaffee und Brötchen

Humanisten-Brunch

Am 27. Januar trafen sich im Café Extrablatt in Hannovers Südstadt erstmals Mitglieder des Ortsverbandes zum gemeinsamen Brunch. In gemütlicher Runde und bei reichlich Speis und Trank ließen sich so mache Themen weltanschaulicher, politischer, aber auch ganz anderer Natur entspannt erörtern. So verging die Zeit wie im Fluge, und als sich nach drei Stunden ein Ende abzeichnete, wurde vereinbart, diese Veranstaltung künftig zweimonatlich, am jeweils letzten Samstag des Monats, zu institutionalisieren.

Termine und Anmeldemöglichkeiten finden Sie auf der nächsten Seite.

Lachen – grundlos, aber niemals sinnlos!

Im Alltag lachen wir, weil wir glücklich sind, einen Witz hören oder etwas Komisches erleben. Wir verbinden unser Lachen mit äußeren Umständen und machen uns von diesen abhängig. „Lachen hält gesund“ und „Lachen ist die beste Medizin“, so sagt der Volksmund und dies ist mittlerweile auch wissenschaftlich belegt. Warum also nicht auch mal grundlos lachen, wenn es so sinnvoll ist?

- Wollen Sie mehr erfahren über die Kraft des Lachens und die positiven körperlichen Auswirkungen direkt erleben?
- Wollen Sie mehr Leichtigkeit und Heiterkeit in Ihr Leben bringen und so etwas für Ihr Wohlbefinden tun?
- Wollen Sie Ihre Energiereserven wieder auftanken und spüren wie ansteckend und verbindend Lachen ist?

Dann kommen Sie zum Lachen!

Die Lachyoga-Trainerin Andrea Voigt informiert Sie, warum Lachen ein hervorragendes Training gegen Stress und für mehr körperliches und psychisches Wohlbefinden ist und wie auch Sie ohne Witz, gute Laune und sogar ohne Grund zum Lachen kommen.

Gemeinsam werden wir unsere kindliche Verspieltheit wecken, durch kleine pantomimische Übungen ein simuliertes Lachen erzeugen und

uns dann gegenseitig mit unserem echten Lachen anstecken. Da Lachen auch anstrengend ist, es werden immerhin über 100 Muskeln und das Herz-Kreislaufsystem aktiviert, führen wir zwischendurch leichte Dehn- und Atemübungen durch. Anschließend lachen wir im Liegen, hier sprudelt das Lachen wie aus einer Lachquelle aus uns heraus und kann sehr befreiend wirken. Zum Abschluss genießen Sie die einkehrende innere Ruhe bei einer Entspannungsgeschichte.

Bei den Lachübungen bewegen wir uns locker im Raum, gerne können Sie aber auch alle Übungen im Sitzen machen.

Termine und Kosten
Immer donnerstags um 17.30 bis 18.45 Uhr am 19. April, 26. April und 3. Mai im Haus Humanitas (Saal), Otto-Brenner-Str. 20–22, 30159 Hannover. Um Anmeldung wird bis Montag den 16. April gebeten bei Andrea Voigt: andrea@voigt-laatzen.de, Telefon: 0511 89883964. Kosten: 24,– Euro. Erforderlich sind ein Getränk, eine Matte und die Bereitschaft, lachen zu wollen! Mehr Informationen auf: www.hvd-niedersachsen.de/lachyoga.html

Termine

2. März
Konzert verschoben
Der geplante Konzertabend musste aus organisatorischen Gründen auf den Herbst 2018 verschoben werden. Ein neuer Termin wird zeitnah in dieser Rubrik bekanntgegeben.

18. März, 15.00 Uhr
Jahreshauptversammlung
Haus Humanitas,
die Einladungen wurden bereits versandt.

22. April, 10.30 Uhr
132. Jugendfeier
Theater am Aegi

1. Mai
Fest der Demokratie
Trammplatz
Wie schon in den letzten Jahren sind wir auch diesmal wieder mit einem Stand vertreten. Wir freuen uns auf interessante Gespräche.

Vorstandssitzungen des OV Hannover
Mitglieder, die sich für die Arbeit des Vorstandes interessieren, oder die sich in irgendeiner Weise einbringen möchten, sind herzlich eingeladen, an der Sitzung teilzunehmen. Im Interesse der Planung bitte ich allerdings um eine vorzeitige Anmeldung unter: rother@humanisten.de oder telefonisch unter 0511 1691303.
Termine: 14. März, 11. April (konstituierende Sitzung) und 16. Mai 2018 jeweils um 18.30 Uhr im Haus Humanitas (Sitzungszimmer).

Sommerferien 2018
Auch in diesem Jahr bietet der OV wieder Ferienpass-Aktionen an. Näheres hierzu erfahren Sie in der nächsten Ausgabe.

Humanisten-Brunch im Café Extrablatt
Nachdem der erste Bruch am 27. Januar so gut angenommen wurde, wurde gemeinsam beschlossen, den Brunch in der Südstadt (Altenbekener Damm 9/Ecke Mainzer Straße, 30173 Hannover) zukünftig alle zwei Monate, jeweils am letzten Samstag im Monat, zu veranstalten. Vor der Sommerpause finden noch zwei Termine statt:
Samstag den 31. März 2018, ab 11.15 Uhr
Samstag den 26. Mai 2018, ab 11.15 Uhr
Aufgrund der notwendigen Tischreservierung bitte ich um eine möglichst frühzeitige Anmeldung an rother@humanisten.de oder an HVD Niedersachsen/OV Hannover, Otto-Brenner-Str. 20–22, 30159 Hannover

Regelmäßige Angebote

Chor im Haus Humanitas
Chorproben: jeweils am Dienstag von 19:45–22:00 Uhr (inkl. Pause) im Haus Humanitas. Sie haben noch Fragen? Wenden Sie sich an Rita Schwerdtfeger: chor@humanisten.de. Alle Informationen im Internet: www. hvd-niedersachsen.de/humanistischer-chor-in-hannover.html.

Humanistischer Elternkreis
In Hannover trifft sich regelmäßig ein Kreis konfessionsfreier Eltern. Informationen zu den Terminen und Anfragen für die Aufnahme in den Mail-Verteiler unter hv-elterntreff@email.de.

Unsere Mitglieder

Wir gratulieren zum Geburtstag
Im März: Waltraud Capelle (86), Lissi Funke (82), Helga Sobiak (79), Birgitt Gemeinder (50), Lydia Möller (84), Siegrid Nordmann (79), Jürgen Gröne (76), Inge Berneburg (80), Guido Wiesner (50), Gisela Grube (65), Rolf Engelhardt (83), Waldemar Rödiger (84), Helene Bruns (81), Adolf Göbel (85), Guenter Dierk (81)

Im April: Dieter Bullerdiek (86), Kurt Golinski (83), Helga Sauer (83), Vera Schmidt (78), Liane Launhardt (77), Erika Wendt (75), Hans Rodewig (89), Elli Habenicht (86), Heinz-Leopold Rothe (90), Roswitha Möhle (76), Uwe Rogalla (60), Khalid Khalid (25), Jutta Steinhauer (84), Alfred Ullrich (87), Kaethe Hensel (85), Klaus Eggers (60), Hermnn Feise (78), Rolf Capelle (89)

Im Mai: Werner König (76), Ingeborg Anner (90), Günther Ludes (82), Horst Kliemann (89), Inge Hosbach (85), Günter Brasack (83), Tatjana Judel (50), Rolf Röder (87), Margarete Rothe (85), Ilse Bues (87), Dorle Hische (77), Marie Matschke (98), Inge Recht (81)

Wir trauern um
Heiner Hundt, 28. Januar 2018

Weser-Ems

alle Kontakte auf Seite 33

Nicht wenige Mitglieder und unserem Verband Nahestehende sagen sich: Ich möchte etwas Gutes für die Gesellschaft tun, möchte mich

Angebote für freiwilliges Engagement in der Region

engagieren, mitgestalten, mich weiterentwickeln, selbstverwirklichen.

Kurz und humanistisch formuliert: Ich möchte aktiv dazu beitragen, die Welt zu einem schöneren Ort zu gestalten. Welche Möglichkeiten für mein Ansinnen, mein Engagement bietet mir der Verband? Wo und wie kann ich helfen? Wie finde ich Gleichgesinnte? Wer zeigt mir, was zu tun ist?

Diese oder ähnliche Fragen stellt sich jeder, der sich freiwillig engagieren möchte. Häufig gibt es keine konkreten Antworten – aber genau das soll sich bei uns im Regionalverband Weser-Ems nun ändern. Wir wollen ehrenamtlich getragene Projekte ins Leben rufen und unterstützen und den aktiven Mitgliederverband mit Aktivitäten und freiwilligen Angeboten vor Ort stärken.

Dazu brauchen wir Dich! Hast Du Lust Dich zu engagieren und ehrenamtlich aktiv zu werden? Hast Du Ideen für Engagements? Möchtest Du Dich einbringen und mitgestalten?

Dann bist Du in unserem Verband genau richtig. Dein Engagement und Deine Ideen sind wichtig, auch wenn Du selber Deine Idee nicht durchführen möchtest, sie uns nur mitteilen möchtest, damit sie andere aufgreifen können.

Ehrenamtliches Engagement zahlt sich doppelt aus. Zum Einen ist es eine gute Möglichkeit, etwas für andere zu tun und den Verband mitzugestalten; zum Anderen tragen alle Aktiven dazu bei, humanistische Angebote und Dienstleistungen vor Ort zu ermöglichen.

Verantwortung übernehmen

Ehrenamtlich aktiven Mitgliedern kommt große Verantwortung für ihr Engagement zu. Kontinuierlicher Einsatz ist ausdrücklich erwünscht. Aber auch, wenn Deine Zeit ein intensives persönliches Engagement nicht erlaubt, können wir auch nur ein wenig Hilfe gut gebrauchen.

Wir laden interessierte Mitglieder und Nichtmitglieder dazu ein, sich einzubringen, indem sie sich zeitlich begrenzt und themenbezogen in sogenannten Freiwilligen-Initiativen engagieren und diese mitgestalten.

Der Einsatz lohnt sich, denn es geht beständig voran mit unserem Verband – wie es sich beispielsweise in Ostfriesland und in Wilhelmshaven-Friesland zeigt, wo Freiwilligen-Engagement seit einiger Zeit bereits gefördert wird. Auch in der Region

Osnabrück ist eine solche Initiative in Vorbereitung.

Aufgabenfelder unserer ehrenamtlichen Initiativen und Engagements sind unter anderem die Mitgestaltung, Planung und Durchführung von Veranstaltungen wie beispielsweise Spieleabende, Literaturkreise, Humanistisches Café, Humanistische Treffs, Humanistische Gesprächskreise, Humanistische Foren, Bildungsreisen und Bildungsausflüge.

Aktiv werden!

Haben wir Dein Interesse geweckt? Wende Dich telefonisch möglichst zu den Sprechzeiten an Freiwilligen-Koordinator Herbert Zinnow oder schreibe eine E-Mail. Alles Weitere können wir dann in Ruhe klären.

Erreichbarkeit des Freiwilligen-Koordinators
Herbert Zinnow, Telefonische Sprechzeiten: dienstags 13:30 bis 15:00 Uhr und donnerstags 18:00 bis 20:30 Uhr. Telefon: 04931 992124, Mail: fw-koordination@hvd-niedersachsen.de
Hier kann auch der newsletter „Freiwilligen-Engagement Weser-Ems" angefordert werden, der ab April 2018 regelmäßig über alle Aktivitäten informiert.

Aktuelle Angebote zum Mitgestalten

Infostände
Um auf die Aktivitäten und Angebote unseres Verbandes Aufmerksam zu machen, wollen wir von Zeit zu Zeit – auch im Rahmen von lokalen Veranstaltungen – Infostände betreiben. Dafür suchen wir Freiwillige, die bereit sind, sich an der Planung und der Durchführung von Infoständen zu beteiligen. Gemeinsam mit dem Freiwilligenkoordinator und Hauptamtlichen finden wir neue Ideen, wie wir den Verband mit seinen Werten und Angeboten bei kleineren und größeren Veranstaltungen präsentieren können.

Humanistische Bildungsreisen und Ausflüge
Mit großem Erfolg fanden in den letzten beiden Jahren Bildungsreisen nach Nürnberg und Fürth zum turmdersinne-Symposium des HVD Bayern statt. Jeweils 20 bis 25 Humanisten aus der Region nahmen an der 4-tägigen Reise teil. Neben dem Besuch des Symposiums wurde auch ein Rahmenprogramm angeboten.

Auch einige Ausflüge wurden bereits unternommen, beispielsweise zum Humanistischen Forum nach Leer einschließlich Rahmenprogramm mit Stadtbesichtigung und Cafébesuch; eine Fahrt nach Oldenburg zur Ausstellung „Tour der Sinne" im Landesmuseum „Natur und Mensch"; sowie eine Fahrt nach Bremen zur Buchvorstellung „Die Grenzen der Toleranz" von und mit Michael Schmidt-Salomon.

Eine Umfrage unter Mitgliedern des Regionalverbandes Weser-Ems ergab, dass ein Bedarf an Humanistischen Reise- und Ausflugsangeboten besteht. Wir suchen Freiwillige, die bereit sind, solche Angebote zu planen, anzubieten und zu begleiten.

Weitere Termine, Aktivitäten und Berichte des Regionalverbandes Weser-Ems auf unserer Internetseite: www.hvd-niedersachsen.de/region-weser-ems.html

Haben sich bewährt: Service, Räumlichkeiten und Umgebung der Bildungsstätte in Bad Zwischenahn

So war das 107. Bildungswochenende in Bad Zwischenahn

28 Humanisten aus Weser-Ems nahmen am vergangenen Bildungswochenende des Regionalverbandes in Bad Zwischenahn teil.

Prof. Dr. Thomas Junker – Evolutionsbiologe, Wissenschaftshistoriker und Autor aus Frankfurt (Main) referierte zum Thema: Die verborgene Natur der Liebe (so auch der Titel seines aktuellen Buches, erschienen bei C. H. Beck, 272 Seiten, 19,95 Euro).

Wie monogam sind wir wirklich? Lassen sich nicht-heteronome Vorlieben evolutionsbiologisch erklären? Herbert Zinnow, Vorsitzender des Regionalverbands Weser-Ems begrüßte die Teilnehmer und den Referenten mit den Worten: „Um uns zu vervollkommnen müssen wir aus eigener Kraft unser Wissen ständig verbessern und erweitern – Wir lassen uns dabei sehr gerne helfen und laden zu unseren Bildungswochenenden immer kompetente und nette Referenten ein, die uns Impulse geben und uns Bildung vermitteln. So ist es auch heute“. In der für die Bildungswochenenden typischen Mischung aus Referaten, Gruppenarbeit, Präsentationen und Diskussionen diskutierten die Teilnehmer über die Frage: „Ist die Zweierbeziehung überhaupt die beste Form des Zusammenlebens? Oder wird hier nur eine überkommene Tradition gedankenlos reproduziert?“

Aus biologischer Sicht jedenfalls ist es alles andere als selbstverständlich, dass die Zweierbeziehung das ursprüngliche oder das unter heutigen Bedingungen beste Lebensmodell ist.

Am Ende der Veranstaltung zeigten sich die Teilnehmer hoch zufrieden mit der gesamten Veranstaltung. Auch der Referent Prof. Dr. Thomas Junker war nach eigener Aussage emotional berührt und hat sich am Wochenende mit den Humanisten Weser-Ems sehr wohl gefühlt. Er betonte, dass er auch von den Teilnehmern lerne. Auf Rückfrage kündigte er an, dass er gern zu einem weiteren Referat zu uns wiederkommen werde. Danke an den Referenten – Danke an alle Teilnehmer!

28.–29. April 2018 I Samstag 10:00 Uhr bis Sonntag 12.00 Uhr I Bildungsstätte Bad Zwischenahn.

Einladung zum 108. Bildungswochenende des Regionalverbands

Verkennen und Vergessen – von der unmöglichen Vereinigung von Wahrnehmung und Wahrheit

„Ich glaube es erst, wenn ich es mit eigenen Augen sehe!“ Eine gerne gebrauchte Floskel, mit der ausgedrückt werden soll, dass man sich nicht beirren lässt und nur den eigenen Sinneswahrnehmungen vertraut. Doch ist ein sinnlicher Zugang zur „Wahrheit“ überhaupt möglich? Und wenn wir Informationen aufnehmen, bleiben diese in unserem Gedächtnis unverfälscht und komplett abrufbar? Diesen Fragen soll in einer interdisziplinären Auseinandersetzung mit unserem Wahrnehmungs- und Erinnerungssystem auf den Grund gegangen werden. Eine Leitfrage wird dabei sein, wieso wir trotz oder sogar wegen unserer Täuschbarkeit einen Anspruch auf „Wahrheit“ nie aufgeben sollten – gerade in Zeiten von „alternativen Fakten“, kollektiven Mythen und Verschwörungstheorien.

Referent

Ralf Mitschke (Nürnberg) Jahrgang 1978; Studium der Soziologie, Politik und Pädagogik; Leiter der Mobilen Angebote der turmdersinne gGmbH, geprüfter Lernberater und Sicherheitstrainer.

Kosten

Für das Seminar, Übernachtung, Vollverpflegung betragen 60,– für Mitglieder, 100,– für Nichtmitglieder.

Anmeldung

Bitte bei Herbert Zinnow:
Mail: zinnow@humanisten.de
oder telefonisch unter 04931 992124

Termine

Regelmäßige Angebote

Alle Termine finden statt im Humanistischen Zentrum Weser-Ems, Donnerschweer Str. 58, Oldenburg

16. März 2018, 19:00 Uhr
Jahreshauptversammlung

Gesprächskreis
Einmal im Monat treffen sich Mitglieder und Interessierte im Humanistischen Zentrum, um über wechselnde gesellschaftliche, weltanschauliche und tagespolitische Themen zu diskutieren. Gäste sind hochwillkommen. **Termine:** 14. März, 11. April, 9. Mai und 13. Juni 2018 jeweils von 19:30 bis 21:00 Uhr.

Humanistisches Café
In gemütlicher Runde treffen sich Mitglieder und Interessierte zum Kennenlernen und Quatschen. **Termine:** 4. März, 8. April, 6. Mai und 3. Juni 2018 jeweils sonntags um 11:00 Uhr.

Unsere Mitglieder

Wir gratulieren zum Geburtstag
Im März: Martina Kostian (51), Ekkehart Pille (80), Angelika Salzburg-Reige (60), Kathleen Renken (49), Else Zimmermann (96)

Im April: Gudrun Bartels (80), Hasso Bensien (73), Otto Brüggmann (73), Tobias Busch (34), Monika Kretschmer (50), Rainer Marczinowski (70), Marion Oeljeklaus (55), Hardo Schwarting (79)

Im Mai: Holger Bothmer (49), Günter Gott (83), Hermann Gödeker (83), Gisela Hoting (81), Emilia Kretschmer (17), Almuth McLeod (30), Lutz Renken (48), Bianca Schütte (41)

Osnabrück

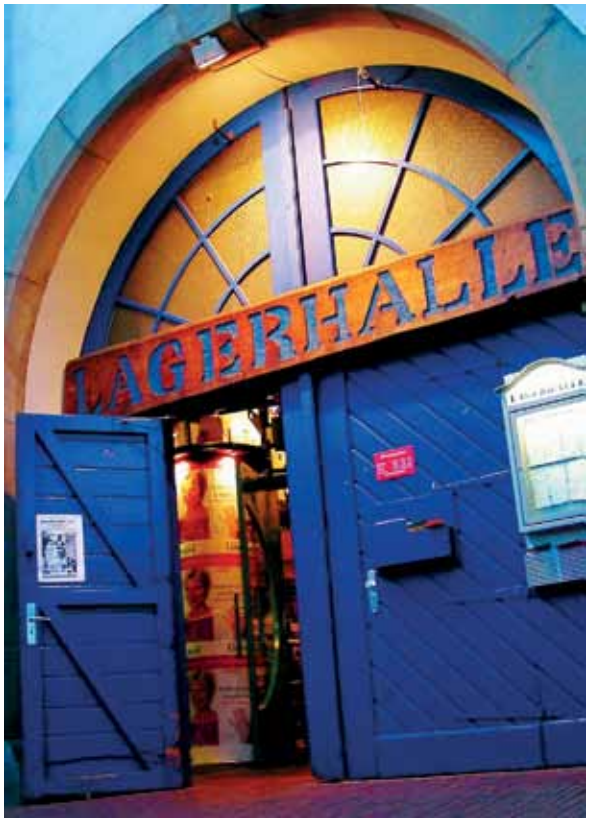
Termine

Regelmäßige Angebote

Humanistisches Café
Kuchen, Kaffee und Tee und nette Leute. Immer um 15:00 Uhr, wechselnde Orte. Um Anmeldung wird gebeten, Telefon: 0541 131882.

Offener Gesprächskreis
Mitglieder, Freunde und Gäste aus der Region treffen sich in der Regel am dritten Mittwoch eines Monats ab 19:30 Uhr im Kulturzentrum „Lagerhalle“, um über wechselnde Themen zu diskutieren. Gäste sind willkommen. Bitte anmelden, Telefon: 0541 131882.
Ort: Lagerhalle, Raum 102, Rolandsmauer 26

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 10:00 Uhr:
Trauerfeier für Verstorbene ohne Angehörige
Unsere humanistischen Feiersprecherinnen gestalten jeden Monat gemeinsam mit christlichen Geistlichen einen würdevollen Abschied für Verstorbene ohne Angehörige. Dies geschieht im Rahmen einer städtischen Bestattung.
Ort: Kapelle Heger Friedhof, Rheiner Landstr. 168



In eigener Sache: Der Newsletter des Kreisverbands Ostfrieslands informiert seine Leser stets aktuell über alle Angebote und Veranstaltungen in Ostfriesland und der Region Weser-Ems. 140 Empfänger haben diesen Newsletter bereits abonniert. In 2017 wurden 13 Newsletter verschickt. Wer diesen Service ebenfalls erhalten möchte, schicke bitte eine E-Mail mit dem Hinweis „bitte newsletter KV Ostfriesland“ an ostfriesland@humanisten.de. Der jeweils aktuelle Newsletter ist auch auf der Internetseite des KV Ostfrieslands abrufbar www.hvd-niedersachsen.de/kreisverband-ostfriesland.html

Festliche Stimmung im Trauzimmer der Pelzerhäuser – auch ohne Brautpaar

Lichterfest mit Tee und Kluntje

Zum Lichterfest der Humanisten Ostfrieslands, das am 9. Dezember im „Trauzimmer“ der Pelzerhäuser in Emden stattfand, kamen in diesem Jahr mit 12 Mitgliedern aus Emden, Aurich und Norden nur etwa halb so viele wie in den letzten Jahren. Aus Leer hatte sich leider kein Mitglied oder Interessierter auf den Weg gemacht, was die Anwesenden sehr bedauerten. Denn in dem durch das Vorstandmitglied Margot schön dekorierten Raum war die Stimmung wunderbar. Die Teilnehmer trugen kleine Geschichten vor, die zum Lachen und/oder zum Nachdenken anregten. Darüber hinaus gab es Kuchen, Tee und Kaffee satt. Selbst für musikalische Untermalung war bestens gesorgt.

Am Ende der Veranstaltungen bedankten sich die Teilnehmer für ein ereignisreiches Jahr und der Vorsitzende stellte fest, dass gerade in den letzten zwölf Monaten ehrenamtlich tätige aktive Humanisten des Kreisverbandes Ostfriesland zahlreiche Humanistische Veranstaltungen organisiert und durchgeführt haben (Humanistische Foren, Café-Nachmittage, Gesprächskreise, Bildungsausflüge, Infostände und Humanistische Treffs), die von den Mitgliedern und Interessierten sehr gerne angenommen wurden.

Der Vorsitzende bedankte sich bei den vielen Aktiven und wiederholte seinen Satz, den er an dieser Stelle schon öfter – eigentlich immer – sagt: „Bis hierhin und weiter“.

Humanistischer Spielkreis für Jung und Alt
Wir bieten für unsere Mitglieder und interessierte Gäste einen regelmäßigen Spielenachmittag an. Wir wollen alte und neue Brett- und Gesellschaftsspiele spielen und ausprobieren.

In lockerer Runde geht es bei Kniffel, Mensch ärgere dich nicht oder Skat und anderen Spielen darum, sich miteinander spielerisch näher zu kommen und neue Kontakte zu knüpfen und alte zupflegen. Wir wollen ins Gespräch kommen und Spaß haben.

Spiele werden gestellt, es können aber gerne auch eigene mitgebracht werden. Das Angebot ist kostenfrei!

Die Termine sind: Alle geraden Monate, der jeweils 2. Mittwoch um 16 Uhr im Pelzerhaus in Emden. Die nächsten Termine: 11. April, 13. Juni und 8. August 2018.

Bei Bedarf werden Fahrgemeinschaften per Bahn und Auto eingerichtet (Kontakte siehe nächste Seite).

Gesprächsreihe für neue Mitglieder und Interessierte
3 Termine im April, Mai und Juni
Pelzerhaus Emden | Taraxacum Leer
Leitung Herbert Zinnow (Norden)

Im geschützten Raum werden die Teilnehmer sich zunächst selbst die Frage stellen und auch beantworten, wann und wie sie erkannt haben, dass sie HumanistInnen sind. Damit Neumitglieder und Interessierte erfahren, was der Verband repräsentiert und tut, stellen die Vorstandsmitglieder des Kreisverbandes Ostfriesland sich selbst vor und berichten über die Aufgabenfelder und Angebote des Verbandes. Es werden Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen von Freiwilligen-Engagements vorgestellt.

Gemeinsam lernen sie das Selbstverständnis des Verbandes und seine weltanschaulichen Grundlagen kennen und werden diese im Dialog kritisch beleuchten. Am Ende der Gesprächsreihe können Neumitglieder und Interessierte einschätzen, ob der Verband ihren Erwartungen entspricht und sie bei uns richtig angekommen sind. Anmeldung bitte bis zum 10. April an Herbert Zinnow (Vorsitzender). Termine (ab April 2018) werden direkt mit den Teilnehmern abgestimmt.

Samstag 14. April 2017, 15:00 bis 17:00 Uhr
Offizielle Einladung zur Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Ostfriesland
Pelzerhaus Seminarraum

Bei gemeinsamem Kaffee, Tee und Kuchen wollen wir die Aktivitäten des Verbandes des Jahres 2017 bilanzieren und schauen, welche Aktivitäten der Vorstand für das Jahr 2018 plant. Selbstverständlich gibt es auch genügend Zeit um ein bisschen zu Klönen.

Eingeladen sind alle Mitglieder des Kreisverbandes Ostfriesland.

Anmeldung erforderlich bei Herbert Zinnow (Vorsitzender)
Telefon: 04931 992124 I Mail: zinnow@humanisten.de

Termine

Regelmäßige Angebote

Humanistisches Café Emden
7. März, 4. April, 2. Mai und 6. Juni 2018
jeweils um 16:00 Uhr
Pelzerhaus I Pelzerstraße 12e
Bei Bedarf werden Fahrgemeinschaften per Bahn und Auto eingerichtet (Kontakte siehe rechts)

Humanistischer Treff Leer
14. März, 18. April und 16. Mai um 19:00 Uhr
im „Taraxacum" in der Altstadt I Rathausstraße 23 I Leer
Kontakt: Günther Groeneveld
Telefon: 04931 992124 I Mail: leer@humanisten.de,

Humanistischer Gesprächskreis Emden
15. März 2018, 19:00 Uhr
Seminarraum I Pelzerhaus I Pelzerstraße 12e
Was macht ein Humanistischer Feiersprecher? Was ist der Unterschied bei einer Humanistischen gegenüber einer „normalen" Trauerfeier? Welche Möglichkeiten der Bestattung kommen in Ostfriesland in Frage? Vortrag, Erfahrungen und Diskussion.
Bei Bedarf werden Fahrgemeinschaften per Bahn und Auto eingerichtet (Kontakte siehe rechts)

Weitere kurzfristige Ankündigungen von Terminen und Themen erhalten Sie per E-Mail-Newsletter der hier angefordert werden kann: ostfriesland@humanisten.de oder auf unserer Homepage: www.hvd-niedersachsen.de/kreisverband-ostfriesland.html

Fahrgemeinschaften per Bahn und Auto
Bitte wendet Euch an:
Kontaktstelle Emden:
Detlef und Meike Warnecke, Telefon: 04921 57488
Kontaktstelle Leer:
Günther Groeneveld, Telefon: 04919 796995
Kontaktstelle Norden:
Herbert Zinnow, Telefon: 04931 992124
Kontaktstelle Westoverledingen:
Anne Steffen de Boer, Telefon: 04955 936811

Alle Anfragen und Anmeldungen zu den Terminen bitte an Herbert Zinnow: Telefon: 04931 992124 I Mail: ostfriesland@humanisten.de

Termine

Wesermarsch

Veranstaltungsreihe
„Humanistisches Café"
Unser Kaffeetreff findet jeden dritten Mittwoch eines Monats um 15:00 statt. Nächste Termine: 21.März, 18. April, 16. Mai und 20. Juni 2018
Ort: Fischer Café Landhotel I Am Stadion 4 I 26919 Brake (Unterweser)
Kontakt für Anmeldungen und Rückfragen: Karin Knorr, Telefon: 04401 8539496.

Samstag 19. Mai 2018, 15:00 bis 17:00
Einladung zur Jahresversammlung 2018
Bürgerhaus Sandfeld I Sandfeld 21I 26931 Elsfleth

Bei gemeinsamem Kaffee, Tee und Kuchen wollen wir uns treffen um Informationen zu den aktuellen Aktivitäten des Verbandes in der Wesermarsch und in der Region Weser-Ems zu erfahren.

Außerdem stehen die Wahlen der Delegierten des Kreisverbandes für die Jahresversammlungen Weser-Ems und Landesverband an.

Eingeladen sind alle Mitglieder des Kreisverbandes Wesermarsch und Freunde des Verbandes.

Anmeldung bitte bis zum 10. Mai
bei der Kontaktstelle Wesermarsch:

Christiane van Perger, Telefon: 04404 5125
oder Hergen Paradies, Telefon: 04401 71272

Medien

Der Humanistische Verband nutzt verschiedene Medien, um seine Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit zu informieren und an den vielfältigen Debatten und Themen teilhaben zu lassen.

„Freiheit und Verantwortung“

Etwa sechs Mal im Jahr sendet NDR Info sonntags um 7:15 Uhr einen humanistischen Beitrag unseres Verbandes.

Die nächsten Termine: 4. März (siehe auch Einband hinten) und 29. April 2018
Bereits ausgestrahlte Sendungen sind über unsere Homepage nachzuhören: www.hvd-niedersachsen.de/ndr-sendezeiten.html. Hier finden Sie auch die Skripte der Sendungen zum Download.

Homepage

Aktuelle Nachrichten und Termine sowie eine Übersicht aller weiteren Medien und Kanäle finden Sie auf unserer Homepage: **www.hvd-niedersachsen.de** und die der JuHus: **www.junge-humanisten.de**

facebook.com/hvd.niedersachsen

Sind Sie bei Facebook? Nein? Macht nichts! Hier können Sie sich trotzdem einen Überblick über unsere Aktivitäten im sozialen Netz verschaffen – ganz ohne Registrierung und Anmeldung. Sie sind bereits registriert? Dann freuen wir uns über ein „Gefällt mir“ und auf regen Austausch!

Interessante humanistische Online-Angebote

hpd.de I Humanistischer Pressedienst

humanistisch.net I
Ein News- und Community-Service

diesseits.de I
Das Magazin des HVD Bundesverbands

Angebote

Unsere Angebote stehen allen Menschen offen, sie richten sich aber insbesondere an jene ohne Konfession. Sie umfassen unter anderem soziale Einrichtungen, Jugendarbeit und Beratungsangebote.

Lebensfeiern
Wir sind Anbieter einer weltlichen Fest- und Feierkultur mit langer Tradition. Wir organisieren Jugendfeiern, mit denen in Fortsetzung einer bis ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Jugendweihetradition der Übergang von der Kindheit zum Erwachsensein begangen wird. Darüber hinaus begleiten unsere FeiersprecherInnen Sie gerne bei weiteren herausgehobenen Anlässen, wie Namens- und Adoptionsfeiern, Hochzeiten sowie Trauer- und Gedenkfeiern.

Patientenverfügung
Wir unterstützen Sie bei der Erstellung einer persönlichen Patientenverfügung. Dazu haben wir in Kooperation mit der HVD-Zentralstelle Patientenverfügung ein eigenes Beratungsangebot entwickelt. Sie erhalten alle benötigten Vordrucke inklusive Vorsorge- und Gesundheitsvollmacht, eine Patientenverfügung als Ankreuzformular mit Textbausteinen und Erläuterungen. Wir beraten Sie gerne persönlich beim Ausfüllen und Abwickeln der Verfügung.

Die Inanspruchnahme einer Erstberatung zur Patientenverfügung als auch einer Feiersprecherin oder eines Feiersprechers ist für jedermann möglich, für Mitglieder sogar kostenfrei.

Für ein persönliches Angebot – oder wenn Sie unser Team als BeraterIn oder FeiersprecherIn unterstützen wollen – wenden Sie sich bitte direkt an die Landeszentrale: Telefon: 0511 167691-60, Mail: zentrale@humanisten.de

Humanismus leben
Zeitschrift des Humanistischen Verbandes Niedersachsen

Die nächste Ausgabe
Redaktionsschluss: 26. April 2018
Erscheinungsdatum: 1. Juni 2018

Redaktionsschluss bedeutet, dass zu diesem Termin alle Beiträge, Fotos, Termine, Mitteilungen etc. vorliegen müssen, um in der jeweils nächsten Ausgabe erscheinen zu können. Kontakt: rundbrief@humanisten.de

Humanistischer Verband Deutschlands | **Niedersachsen**
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Kontakte

Geschäftsstellen

Landeszentrale Hannover
Otto-Brenner-Str. 20–22
30159 Hannover
Telefon: 0511 16 76 91 60
Mail: zentrale@humanisten.de

Regionalbüro Weser-Ems
Donnerschweer Straße 58
26123 Oldenburg
Telefon: 0441 99 86 13 91
Mail: weser-ems@humanisten.de

JuHu – Junge Humanisten

Otto-Brenner-Str. 20–22
30159 Hannover
Telefon: 0511 185 61
Mail: info@junge-humanisten.de

Mehr Infos zu den JuHus, ihren Angeboten, Terminen und Aktivitäten im Internet: www.junge-humanisten.de

Kindertagesstätten

Zentrale Kitaverwaltung in Hannover
Telefon: 0511 16 76 91 71
Mail: kitaverwaltung@humanisten.de
Mehr Informationen zu unseren fünf Kitas auf: www.hvd-niedersachsen.de/kindertagesstaetten.html

BilLI – Bildung, Lernen, Inklusion

Hasestr. 9
49565 Bramsche
Telefon: 05461 96964-90
Mail: billi@humanisten.de

Flüchtlingsbegegnungsstätte

In der Landesaufnahmebehörde Hesepe
Projektleitung vor Ort:
Anke Hennig
Telefon: 05461 31 82
Mail: hennig@humanisten.de

Weitere Kontaktmöglichkeiten und Informationen zu unseren Angeboten, Einrichtungen und dem Humanistischen Verband Niedersachen finden Sie auf: www.hvd-niedersachsen.de

Vor Ort – Süd-Ost

Kreisverband Leine-Hils
(ehemalige Ortsverbände Freden, Delligsen-Grünenplan)
Telefon: 05184 80 86 I Mail: leine-hils@humanisten.de
Ortsverband Celle
Telefon: 05141 345 84 I Mail: celle@humanisten.de
Ortsverband Einbeck
Telefon: 05561 42 65 I Mail: einbeck@humanisten.de
Ortsverband Garbsen
Telefon: 05137 12 10 51 I Mail: garbsen@humanisten.de
Ortsverband Hannover
Telefon: 0511 16 76 91 73 I Mail: hannover@humanisten.de
Ortsverband Lehrte
Telefon: 05132 82 41 41 I Mail: lehrte@humanisten.de
Ortsverband Hannoversch Münden, Kontaktstelle
Marianne Winkelmann, Telefon: 05541 67 26 I Mail: zentrale@humanisten.de
Ortsverband Northeim-Göttingen
Telefon: 0551 965 74 I Mail: goettingen@humanisten.de
Ortsverband Wolfsburg
Telefon: 05361 517 97 I Mail: wolfsburg@humanisten.de

Vor Ort – Weser-Ems

Regionalverband Weser-Ems
Telefon: 04931 99 21 24 I Mail: zinnow@humanisten.de
Kreisverband Ostfriesland, Kontaktstellen
Norden: Herbert Zinnow, Vorsitzender
Telefon: 04931 99 21 24 I Mail: ostfriesland@humanisten.de
Emden: Detlef Warnecke, Telefon: 04921 574 88
Leer: Günther Gröneveld, Telefon: 0491 979 69 95
Kreisverband Wesermarsch, Kontaktstelle
Mail: wesermarsch@humanisten.de I Christiane von Perger,
Telefon: 04404 51 25 I Hergen Paradies, Telefon: 04401 712 72
Ortsverband Bramsche
Telefon: 05461 31 82 I Mail: bramsche@humanisten.de
Ortsverband Delmenhorst
Telefon: 0152 55 95 09 67 I Mail: delmenhorst@humanisten.de
Ortsverband Ganderkesee
Telefon: 04221 98 71 42 I Mail: ganderkesee@humanisten.de
Ortsverband Oldenburg
Telefon: 0441 88 29 43 I Mail: oldenburg@humanisten.de
Ortsverband Osnabrück
Telefon: 0541 13 18 82 I Mail: osnabrueck@humanisten.de
Kreisverband Wilhelmshaven-Friesland
Telefon: 04421 371 90 I Mail: wilhelmshaven-friesland@humanisten.de

Humanismus

ist die Haltung all derer, die sich der Menschlichkeit und der Vernunft verpflichtet fühlen, statt sich religiösen Vorstellungen zu unterwerfen.

Antworten auf die Sinnfragen des Lebens finden Humanisten nicht in einer übernatürlichen Welt, sondern im Hier und Jetzt. Wichtig ist das menschliche Zusammenleben in seiner Vielfalt.

Der Humanistische Verband Niedersachsen

In Niedersachsen sind wir per Staatsvertrag beauftragt, unsere Mitglieder und andere, keiner Konfession zugehörigen Menschen, humanistisch zu betreuen und zu vertreten.

Wir setzen uns für die Interessen der Konfessionsfreien ein und führen weltliche Lebensfeiern durch. Wir sind Träger humanistischer und sozialer Einrichtungen und bieten einen Rahmen für Austausch und Engagement.

Als Mitglied unterstützen Sie unsere Arbeit, können an der verbandlichen Willensbildung teilhaben und erhalten Vergünstigungen für viele unserer Leistungen und Angebote.

Besuchen Sie uns im Internet auf:
www.hvd-niedersachsen.de oder vor Ort.

Wir freuen uns auf Sie!

Feiertag: Die Debatte geht weiter

Gemeinsamkeit statt Spaltung feiern! Der Humanistische Verband fordert den Tag der Menschenrechte am 10. Dezember als Feiertag für alle.

Online-Petition für weltlichen Feiertag
Unterstützen Sie unsere Bemühungen für einen weltlichen Feiertag! Bis zum 5. Juni können Sie unsere Online-Petition zur Einführung des Internationalen Tags der Menschenrechte noch unterschreiben: www.openpetition.de/petition/online/ein-feiertag-fuer-alle

Freiheit und Verantwortung
Am Sonntag, den 4. März um 7.15 Uhr wird auf NDR Info ein Gespräch zwischen HVD Landesgeschäftsführer Jürgen Steinecke und dem Präsidenten des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, Michael Fürst, ausgestrahlt. Schwerpunkt auch hier: Die Debatte um den Reformationstag.